



C 21783 F

DAS SCHULLANDHEIM

Inhalt

- 2 Information und Bericht**
 - ... Vorstandssitzung Königskrug
 - ... Arbeitstagung Eppenbrunn
- 25 Arbeitsgespräch Öffentlichkeitsarbeit**
- 29 Institut für Bildungsplanung untersucht Schullandheime**
- 31 Fernseherziehung im Schullandheim**
- 32 Malwettbewerb „Jugend sieht das Alter“**
- 35 Das Unterrichtsbeispiel**
- 45 Projekte im Bereich der bildenden Kunst für Hauptschüler**
- 49 Aus der Arbeit in den Landesverbänden**
- 58 Pressenotizen, Städtenotizen**

**Um eine aktuelle Berichterstattung über die Ergebnisse
der**

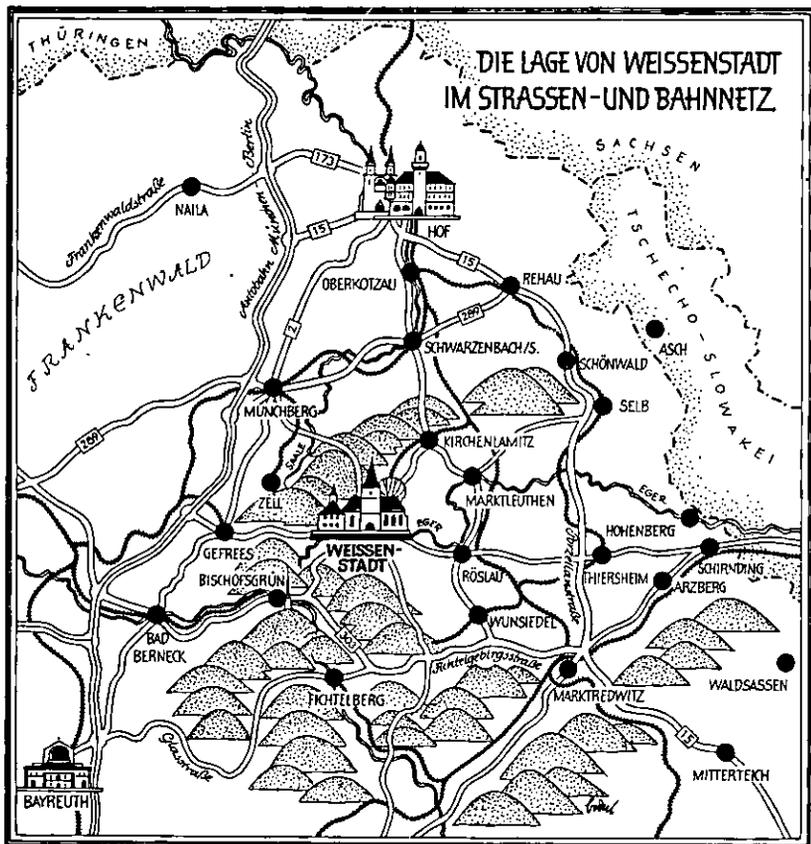
**Arbeitstagung und Hauptversammlung
in Weißenstadt
vom 24.—26. September 1976**

**zu gewährleisten, erscheint die nächste Ausgabe der
Fachzeitschrift Mitte Oktober 1976.**

Redaktionsschluß: 15. September 1976

Red.

Betrifft: Arbeitstagung und Hauptversammlung in Weissenstadt



... so kommen Sie hin!

Beachten Sie besonders die Seiten 11 und 12

Information und Bericht

Auszug aus dem Protokoll der Vorstandssitzung vom 25. bis 28. März 1976 im Schullandheim Königskrug (Harz)

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Bericht über die Verlegung der Geschäftsstelle
3. Auswertung der Jubiläumstagung
 - 3.1 Kritische Rückschau — Stellungnahmen und Echo
 - 3.2 Dankschreiben an die Teilnehmer, Vertreter der Verbände
 - 3.3 Versand der Fachzeitschrift Nr. 97 als „Dokumentation und Berichte“
 - 3.4 Versand und Verkauf des Handbuches
 - 3.5 Abrechnung der Tagung
4. Fortschreibung des Modellversuchsprogramms
 - 4.1 Bewilligungen 1976 — 4.2 Planungen für 1977/1978
5. Denkschrift DJH/Verband Deutscher Schullandheime
6. Aktivierung der Öffentlichkeitsarbeit
 - 6.1 Bericht über ein Arbeitsgespräch in Lankau
 - 6.2 Mal- und Zeichenwettbewerb des Kuratoriums Deutsche Altershilfe in Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Schullandheime
7. Anliegen des Schriftleiters der Fachzeitschrift
8. Fortsetzung der Arbeit des Pädagogischen Arbeitskreises
 - 8.1 Bericht über die Tagung in Eppenbrunn
 - 8.2 Aufgaben und Leitung des Pädagogischen Arbeitskreises
9. Vorbereitungen der Arbeitstagung und Hauptversammlung in Weifenstadt
 - 9.1 Örtliche Bedingungen für die Durchführung der Tagung (Tagungsräume, Unterbringung, Verpflegung usw.)
 - 9.2 Hauptversammlung / Wahlvorschläge
 - 9.3 Planung des Tagungsprogramms
10. Probleme der Landesverbände
11. Verschiedenes

TOP 1

Im Rahmen der Begrüßung verlas Emil Wagner als Leiter der Donnerstag-Sitzung einen Brief von Hans Schenk, der als Arbeitsbericht für den Zeitraum seit der letzten Vorstandssitzung abgefaßt war.

Auszüge aus dem Brief unseres G. V., H. Schenk, an die Tagungsteilnehmer

Liebe Freunde!

Die Ärzte haben anders geplant, als ich wollte. Sie haben es für wichtig gehalten, daß ich mich noch einmal in eine Rehabilitationsbehandlung gebe.

Es ist etwa ein halbes Jahr her, daß der gesamte Vorstand getagt hat. Da ist es zuerst notwendig, sich gegenseitig über wichtige Entwicklungen und aufgetretene Probleme zu informieren. Eine bedeutungsvolle Maßnahme für die interne Organisation ist die Verlegung der Geschäftsstelle nach Flensburg. Ich bin Herrn Lentdt sehr dankbar für seine verständnisvolle Unterstützung.

In einer kritischen Rückschau sollten das Ergebnis und der Ertrag der Jubiläumstagung beurteilt werden. Bei meinem Besuch in Bonn konnte ich feststellen, daß im Bildungsministerium die Schullandheimarbeit auffallend an Wertschätzung gewonnen hat. Unser Handbuch findet allgemein Beachtung und Anerkennung. Schullandheimpädagogik läßt sich heute nicht mehr als überholte Erscheinung der Reformbewegung der zwanziger Jahre abtun. Sie wird als aktiver Impuls und erstrebenswertes Ziel der neuen Bildungsreform angesehen. Durch den gezielten Versand des Handbuches und unserer Jubiläumszeitschriften mit den Tagungsberichten wurde m. E. ein Ausmaß an Öffentlichkeitsarbeit bewirkt, wie es in der Geschichte unseres Verbandes bisher noch nicht erreicht worden ist.

Wir werden jetzt leichter als früher für unsere finanziellen Sorgen und Probleme Verständnis finden. Dazu wird sicherlich auch die Denkschrift beitragen, die unser Verband gemeinsam mit dem DJH herausgibt und die gerade in diesen Tagen versandt worden ist. Allerdings dürfen wir uns nicht der falschen Hoffnung hingeben, daß Schullandheimarbeit von jeder staatlichen Sparmaßnahme verschont bleibt. Das geschieht selbst in dem ausgesprochen schullandheimfreundlichen Land Bremen nicht.

Nachdrücklich möchte ich auf den Beratungspunkt „Fortschreibung des Modellversuchsprogramms“ hinweisen. Die Vorgespräche mit Herrn Kerner im Januar in Hamburg und kürzlich in Bonn zeigen deutlich, daß das Bildungsministerium durchaus bereit ist, unsere Anliegen weiterhin zu fördern. Dennoch müssen wir neu planen und

die Modellthemen dem Schwerpunktprogramm des Bildungsministeriums anpassen. Ich bitte alle Landesvertreter mitzuhelfen und darauf hinzuwirken, daß möglichst aus jedem Bundesland ein Modellversuch termingemäß eingereicht wird.

Im Hinblick auf eine verstärkte wissenschaftliche Diskussion über die pädagogischen Zielsetzungen in der Schullandheimarbeit und insbesondere zur Unterstützung der pädagogischen Begleitung im Rahmen der laufenden und geplanten Modellversuche erscheint mir die Fortsetzung der Arbeit des Pädagogischen Arbeitskreises dringend erforderlich. Die auf der Arbeitstagung in Eppenbrunn entworfene und anschließend überarbeitete Geschäftsordnung für den Pädagogischen Arbeitskreis umreißt recht deutlich dessen Aufgabenbereich.

Vielleicht schaffen wir es, darüber hinaus einen Fachausschuß für Wirtschafts-, Verwaltungs- und Rechtsfragen zu bilden. Es fehlt auch dringend ein Gremium, das sich fachlich des Schullandheimbaus annimmt. Ich kann mir auf diesem Gebiet auch einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch mit dem DJH vorstellen.

An erster Stelle steht im Augenblick natürlich die Planung der nächsten Arbeitstagung und Hauptversammlung in Weißenstadt. Das vorgelegte Programm, das sich auf Vorüberlegungen des Geschäftsführenden Vorstandes und vorbereitenden Erkundungen von Herrn Blödorn am Ort stützt, ist als Entwurf zu betrachten.

Ich bitte meine Ausführungen als Ersatz für einen Arbeitsbericht zu bewerten, den ich üblicherweise gebe.

Ich wünsche guten Erfolg für den Verlauf der Sitzung.

Herzlich grüßt Sie alle Ihr Hans Schenk

Danach trat der Vorstand in die Arbeit am Protokoll der letzten Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes ein, das den Arbeitsumfang dieser Vorstandssitzung vorbereitete.

TOP 2

Verlegung der Geschäftsstelle des Verbandes Deutscher Schullandheime e. V. von Hamburg nach Flensburg

Auf Beschluß des Vorstandes wird die Geschäftsstelle des Verbandes Deutscher Schullandheime am 1. April 1976 von Hamburg, Tesdorpfstraße, nach Flensburg, Am Marienkirchhof, verlegt. Man verspricht sich davon eine Entlastung des Geschäftsführenden Vorsitzenden von der Verwaltungsroutine.

Die Leitung der neuen Geschäftsstelle übernimmt unser Schatzmeister Herr Uwe Lendt. Unsere Geschäftsstelle ist jetzt in den Ge-

schäftsräumen der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) untergebracht. Die Raumkapazitäten und die vorhandenen Verwaltungseinrichtungen können vom Verband mitgenutzt werden. Das Rechnungswesen, die Mitgliederkartei, die Versandkartei der Fachzeitschrift (der Versand erfolgt direkt vom Krohn-Verlag), das Archiv, Handbuchbestellungen und Verwaltungsangelegenheiten aller Art werden ab sofort ausschließlich in Flensburg bearbeitet.

Die Anschrift der neuen Geschäftsstelle lautet:

Verband Deutscher Schullandheime e. V.
Am Marienkirchhof 6
Postfach 4 31
2390 Flensburg
Telefon (04 61) 1 79 11

Die Aufgabenverteilung innerhalb des Vorstandes bleibt unverändert. **Der Sitz des Verbandes** ist wie bisher in Hamburg. Wegen der Aufgabe der Geschäftsstelle in der Tesdorpfstraße gilt die Schulanschrift des Geschäftsführenden Vorsitzenden:

Mendelssohnstraße 86
2000 Hamburg 50
Telefon (0 40) 89 38 03

Angelegenheiten zum **Modellversuchsprogramm** sind an Herrn Klaus Kruse, Mendelssohnstraße 86 (s. o.), zu richten.

TOP 3

3.1.

Der Vorstand überdachte in der Rückschau die Jubiläumsveranstaltung in Bonn. Dabei wurde festgestellt, daß der gesamte Ablauf organisatorisch und von der Sache her gut gestaltet war. Als Repräsentationsveranstaltung, die nicht zuletzt in ihrer Wirkung nach außen hin bedeutend war, hat die Bonn-Kölner-Tagung ihre Aufgabe voll erfüllt.

3.2.

An alle in Bonn für uns und bei uns tätigen Damen und Herren sind inzwischen Dankschreiben verschickt worden. Der Vorstand betont seine Dankbarkeit für alle Hilfen, die in Bonn/Köln gewährt wurden, besonders aber für den Einsatz der vielen Helfer, die zum Gelingen in einem erheblichen Maße beitrugen.

3.3.

Die Dokumentation wurde an Verbände usw. weitgestreut verschickt.

3.4.

Kollege Kruse gab einen Überblick über die Vergabe und den Versand des Handbuches, sowie über den Stand des Verkaufes. Er betonte besonders die **Bedeutung des Handbuches als Dokumentation im Rahmen des Modellversuchsprogramms. Er richtet eine Aufforderung an die Landesverbände mitzuarbeiten bei der Werbung für das Handbuch.** Es wurden verschiedene Anregungen gegeben und diskutiert, wie in den Landesverbänden der Verkauf aktiviert werden könnte.

Der Vorstand beschließt einen evtl. Überschuß aus dem Verkauf des Handbuches als Rücklage für besondere Aufgaben festzulegen.

3.5.

Abrechnung der Tagung

Kollege Lendt legt dem Vorstand schriftlich die Abrechnung der Tagung Bonn-Köln vor. Der Vorstand nimmt diese Abrechnung mit Dank zur Kenntnis.

TOP 4

4.1.

Kollege Kruse stellt für das Modellversuchsprogramm 1976 fest: Am 25./26. 4. wurde der Antrag auf DM 580 000,— Förderungsmittel gestellt, bewilligt wurden DM 573 000,—. Der Zuwendungsbescheid (schriftlich) fehlt noch, die Projekte jedoch können anlaufen. Er nennt dann die beteiligten Heime.

Übersicht über die beantragten Bundeszuwendungen für das Modellversuchsprogramm „Projektarbeit in Schullandheimen (1976)“

Beteiligte Heime

	Gesamt DM
in Bayern:	
Schullandheim in Heidenheim	66 000,—
Schullandheim in Obersteinbach	24 700,—
Schullandheim in Pleystein	61 100,—
Schullandheim in St. Englmar	48 600,—
Schullandheim in Vorra	37 100,—
	<hr/> 237 500,—

in Bremen:

Schullandheim in Dötlingen	6 050,—
Schullandheim in Hepstedt	3 500,—
	<hr/>
	9 550,—

in Hamburg:

Schullandheim in Hoisdorf	14 500,—
Schullandheim in Kisdorfer Wohld	9 100,—
Schullandheim in Länkau	18 000,—
Schullandheim in Nieblum (Föhr)	95 500,—
	<hr/>
	137 100,—

in Hessen:

Schullandheim in Schmitlotheim/Edersee	35 850,—
--	----------

in Niedersachsen:

Schullandheim in Braunlage	9 700,—
----------------------------	---------

in Nordrhein-Westfalen:

Schullandheim in Hellenthal/Udenbrett	25 850,—
Schullandheim in Meinerzhagen	15 000,—
Schullandheim in Ruppichterath	9 800,—
	<hr/>
	50 650,—

in Rheinland-Pfalz:

Schullandheim in Eppenbrunn	18 000,—
Schullandheim in Hertlinghausen	10 000,—
Schullandheim in Wilenstein	4 000,—
Schullandheim in Winterburg	17 150,—
	<hr/>
	49 150,—

in Schleswig-Holstein:

Schullandheim in Ban Horn (Amrum)	40 000,—
	<hr/>
	569 500,—

Insgesamt wurden als Bundeszuwendungen beantragt: 580 000,—

4.2.

Das Modellversuchsprogramm läuft nach BLK nach 4 Jahren in dieser Form aus. Für 1977/78 ist nur die Möglichkeit gegeben, die wissenschaftliche Auswertung zu bezuschussen. Neue Projekte können nicht mehr aufgenommen werden.

Dazu ist Mitteilung an alle Mitglieder ergangen und auch in der Fachzeitschrift dargestellt worden. Daraus geht auch hervor, daß über ein neues Modellversuchsprogramm verhandelt wird (Stichworte

Arbeitslehre, Betriebspraktika, Berufsorientierung, Berufsvorbereitung etc.). Der Vorstand dankt Herrn Kruse für die hinsichtlich der Koordinierung des Modellversuchsprogramms geleistete Arbeit.

TOP 5

Klaus Kruse berichtet über den Versand der Denkschrift DJH/Verband Deutscher Schullandheime. Die Denkschrift wird anschließend in einem kritischen Gespräch vom Vorstand gewürdigt (s. auch S. 27).

TOP 6

6.1.

Es erfolgt ein Arbeitsbericht über die Tagung in Lankau am 15. 1. 1976. Der Arbeitsbericht wurde dem Vorstand schriftlich vorgelegt und diskutiert. Besonders wird dabei die Frage eines Tages der offenen Tür erörtert. Schwierigkeiten werden dabei hinsichtlich eines gemeinsamen Termines gesehen. Verschiedene Anregungen wurden erörtert. Man einigte sich auf folgende Anregung an alle Heimträger: **Es wird empfohlen, Tage der offenen Tür einzurichten und dazu die Regionalpresse einzuladen.** Aus dem Vorstandskreis wird von guten Erfahrungen aufgrund verschiedener Ansätze berichtet und die Werbewirkung im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit betont.

Ein Arbeitskreis wird sich in Weißenstadt erneut treffen und dann einmal jährlich (im Januar 1977 erstmalig) im Schullandheim Lankau tagen (s. auch S. 25).

6.2.

Dieter Erdmann gibt einen Bericht zum Malwettbewerb des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, dazu erhielten die Vorstandsmitglieder Arbeitsmaterial (s. auch S. 32).

Auszüge aus der anschließenden Diskussion:

... Die Landesverbände sollen Schulanschriften von Schulen geben, die der Schullandheimarbeit verbunden sind.

... Regionalausstellungen sind nach Wettbewerbsschluß möglich.

... Aus jedem Landesverband sollen per Vorauswahl 100 Arbeiten nach Frankfurt geschickt werden. Eine Regionaljury wählt diese Arbeiten aus.

... KDA wird eine Wanderausstellung durchführen.

Der Vorstand billigt die Initiativen in dieser Sache und fordert zur weiteren Bearbeitung auf.

TOP 7

Der Schriftleiter gibt einen Bericht über die Arbeit an der Fachzeitschrift.

TOP 8

Herr Kruse berichtet über die Tagung in Eppenbrunn. Gem. Auflage des Vorstandes hat der Päd. Arbeitskreis seine Vorstellungen zum Aufgabenbereich beschrieben. Dazu wurde ein Arbeitspapier vorgelegt.

Ebenfalls vorgelegt wurde eine Geschäftsordnung des Päd. Arbeitskreises, die vom Vorstand diskutiert und nach einzelnen Änderungen bestätigt wurde. Die Geschäftsordnung lautet:

„Der Vorstand des Verbandes Deutscher Schullandheime legt durch Beschluß für seinen Pädagogischen Arbeitskreis folgende Geschäftsordnung fest:

1. Aufgabe

Aufgabe des Pädagogischen Arbeitskreises (PA) ist es, den Vorstand im Sinne der Zielsetzung von § 2 Abs. 1 der Satzung in allen pädagogischen Belangen zu unterstützen, insbesondere bei der pädagogischen Begleitung des Modellversuchsprogrammes. Anregungen und Arbeitsergebnisse des PA sind dem Vorstand als Empfehlungen zu unterbreiten.

2. Zusammensetzung

Der PA setzt sich zusammen aus ständigen, kooptierten sowie beratenden Mitgliedern. Die ständigen Mitglieder müssen dem Verband Deutscher Schullandheime angehören. Ihre Zahl sollte zwölf nicht überschreiten.

Sie werden auf Vorschlag des PA vom Vorstand berufen.

Die ständigen Mitglieder wählen den Leiter des PA. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch den Vorstand.

3. Arbeitsweise

Der PA tritt in der Regel zweimal im Jahr zu Arbeitstagen zusammen. Vorbereitung und Einladung erfolgen im Einvernehmen mit dem Vorstand durch den Leiter. Er hat den Vorsitz.

Er kann zu besonderen Fragestellungen im Einverständnis mit dem Schatzmeister kleinere Arbeitsgruppen zu Sitzungen einberufen.

Mitglieder des Vorstandes können an den Arbeitstagen teilnehmen.

Über die Sitzungen sind Protokolle anzufertigen.

Beschlüsse und Wahlen erfolgen mit einfacher Mehrheit der Anwesenden. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Königskrug, den 27. März 1976“

TOP 9

Vorbereitungen der Arbeitstagung und Hauptversammlung in Weissenstadt

Als Arbeitspapier lag dem Vorstand der von Herrn Blödorn und Herrn Paul erstellte und von Herrn Schenk und Herrn Kruse erweiterte Programmorschlag vor.

Der Vorsitzende dankte für die Möglichkeit, die Hauptversammlung des Verbandes 1976 im September in Weissenstadt durchführen zu können, sowie für die insbesondere durch Herrn Blödorn und Herrn Paul geleisteten Vorbereitungsarbeiten.

Der Vorsitzende bat unter Hinweis auf § 9 der Satzung um Vorschläge für die Wahl eines dreiköpfigen Wahlausschusses, der die Wahlen vorzubereiten und durchzuführen hat.

Nach eingehender Erörterung beschloß der Vorstand, den Wahlaufsatz mit der Einladung zur Hauptversammlung herauszugeben und ihn in der Fachzeitschrift zu veröffentlichen. Die Mitglieder werden auf die Möglichkeit hingewiesen, ggf. entweder bis zum 9. September 1976 schriftliche Wahlvorschläge der Geschäftsstelle einzureichen, oder aber die Vorschläge während der Hauptversammlung abzugeben.

Der Vorstand wählte sodann einstimmig folgende Beisitzende in den Wahlausschuß:

1. Wilhelm Kleiß, Nürnberg
2. Heinrich Wies, Frankfurt
3. Klaus Kasten, Hannover

Herr Emil Wagner wurde als Ersatzmitglied des Wahlausschusses gewählt. Der Wahlausschuß benannte W. Kleiß zum Vorsitzenden des Wahlausschusses.

Anschließend wurde das Tagungsprogramm im einzelnen diskutiert:

... Es wird für die Gäste der Tagung für Freitagvormittag (24. 9.) eine Besichtigung der ansässigen Porzellanfabriken in Erwägung gezogen.

... Die Anreise kann bereits am Mittwoch, dem 22. September 1976 erfolgen. Nächstgelegener Bahnhof ist Münchberg (15 km von Weissenstadt entfernt).

... Der Tagungsbeitrag wird von ursprünglich DM 30,— auf DM 40,— heraufgesetzt. Damit ist auch das Nebenprogramm kostenmäßig abgedeckt.

... Der Geschäftsführende Vorstand wird aus Anlaß der Tagung in Weissenstadt eine Presseerklärung herausgeben.

Der Programmorschlag erhält nunmehr folgende (in der Anordnung der Tagesordnungspunkte veränderte) Fassung:

Programm der Tagung Weißenstadt

Donnerstag, 23. 9. 1976

- Anreise der Teilnehmer
- 16.00 Vorstandssitzung
- 18.30 Abendbrot
- 19.30 Begrüßung
- Darbietungen der Schule Weißenstadt
bzw. Lichtbildervortrag

Freitag, 24. 9. 1976

- 8.00 Frühstück
- 9.00 **Hauptversammlung**
 - 1. Eröffnung
 - 2. Tätigkeitsbericht des Vorstandes
 - 3. Kassenbericht
 - 4. Diskussion der Berichte im Plenum
 - 5. Berichte der Rechnungsprüfer
- 10.45 Pause
- 11.00 Arbeitsgruppen nach Wahl der Teilnehmer mit folgenden Schwerpunkten:
 - 1. Wirtschaftsführung in Schuleigen-Heimen, in Heimen von gemeinnützigen Regionalverbänden und in Heimen von kommunalen Trägern
 - 2. Modellversuchsprogramm
 - 3. Freizeitpädagogik in Schullandheimen
 - 4. Lehreraus- und -fortbildung
- 12.30 Mittagessen

Freitag, 24. 9. 1976

- 14.00 Fortsetzung der Arbeitsgruppen
- 16.00 Kaffeepause
- 16.30 **Fortsetzung der Hauptversammlung**
 - 1. Entlastung des Vorstandes
 - 2. Wahl des Vorstandes
 - 3. Antrag:
Wahl von OSR i. R. Dr. W. Requart und Rektor i. R. Johannes Schultz zu Ehrenvorstandsmitgliedern
 - 4. Wahl der Rechnungsprüfer
 - 5. Verschiedenes
- 19.00 Geselliger Abend mit berlin-bayerischem Buffet

Samstag, 25. 9. 1976

- 8.00 Frühstück
- 9.00 Referat von Herrn Prof. Dr. Pöggeler: Bildungsreform und ihre Konsequenzen für Schullandheime und Jugendherbergen — anschließend Diskussion
- 12.00 Mittagessen
- 13.00 a) Busfahrt: Kleine Grenzlandrundfahrt
b) Busfahrt mit Wanderung: Luisenburg-Kösseine
c) Busfahrt zu verschiedenen Schullandheimen
- 19.00 Abendbrot
- 20.00 Plenumssitzung und Ausklang

Sonntag, 26. 9. 1976

- 8.00 Frühstück
anschließende Abreise

Als Referenten sind vorgesehen:

- a) **„Wirtschaftsführung in Heimen“**
Hans Jürgen Hübner, Bremen
(ergänzend: Herr Wirsing, Nürnberg
Herr Handrich, Ludwigshafen)
Leiter und Berichterstatter der Gruppe:
Harald Retzlaff, Dinslaken
- b) **„Modellversuchsprogramm“**
Klaus Kruse, Hamburg
Leiter und Berichterstatter der Gruppe:
Wilhelm Kleiß, Nürnberg
- c) **„Freizeitpädagogik in Schullandheimen“**
Prof. Dr. Gerhard Kochansky, Flensburg
Leiter und Berichterstatter der Gruppe:
Emil Wagner, Berschweiler
- d) **„Lehreraus- und -fortbildung“**
Dr. Simonis, Hamburg
(ergänzend: Lindemann, Markwerth,
Dr. Kersberg, Dr. Rein)
Leiter und Berichterstatter der Gruppe:
Hans Dieter Erdmann, Hamburg

Der Kassenbericht soll den Mitgliedern zur Hauptversammlung schriftlich vorgelegt werden.

Eine tagungsbegleitende Ausstellung (Bilder, Handreichungen pp.) bereitet Herr Erdmann vor.

TOP 10

Der Vorstand diskutierte ausführlich die Anliegen der Landesverbände. Besonderes Interesse galt dabei der Finanzsituation.

TOP 11 (Verschiedenes)

Der Vorsitzende schließt die Sitzung gegen 16.00 Uhr mit einem nochmaligen herzlichen Dank an Herrn Balke für die vorzügliche Beherbergung und Bewirtung im Schullandheim Königskrug.

Bericht über die Arbeitstagung im Schullandheim Eppenbrunn vom 12. bis 15. Februar 1976

Thema: Der gesellschaftspolitische Auftrag an Schule und Schullandheim

T a g u n g s p r o g r a m m

Donnerstag, 12. 2. 1976

bis 17 Uhr

Anreise der Teilnehmer

19.30 — 21.30 Uhr

Begrüßung der Tagungsteilnehmer

Vorstellung und Besprechung des Tagungsprogramms

Aufgaben des Pädagogischen Arbeitskreises

Freitag, 13. 2. 1976

vormittags

Einführungsreferat mit Diskussion über den Themenkomplex

„Sozialerziehung und Politische Bildung als Auftrag der Gesellschaft an Schule und Schullandheim“

Klaus Kruse, Doktorand im Fachbereich Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg

nachmittags

Arbeit in Gruppen zu folgenden Themenbereichen:

1. Möglichkeiten der Durchführung von Seminaren für Schüler der Abgängerklassen aller Schularten mit folgenden Schwerpunkten

- 1.1 Erarbeitung politischer Themen (Medienerziehung — Projekte aus dem Fachbereich Arbeitslehre und Politik — Sozial- und wirtschaftspolitische Erkundungen)
- 1.2 Berufsorientierung (Vorbereitung auf die Berufs- und Arbeitswelt, Betriebspraktika)
2. Politisch-gesellschaftskundlicher Unterricht für Berufsschulklassen
3. Kurse für arbeitslose Jugendliche
4. Erarbeitung theoretischer Grundlagen zur Politischen Bildung im Schullandheim
5. „Psychosoziale Erziehung in Schule und Schullandheim“ (Diskussion und Auswertung des Referates von Prof. Dr. W. Bärsch)

Samstag, 14. 2. 1976

vormittags

Fortführung der Arbeitsgruppen

nachmittags

Plenum: Berichte aus den Arbeitsgruppen

Zusammenfassung der Ergebnisse

Einleitung

Die Anregungen zu der Arbeitstagung im Schullandheim Eppenbrunn im Februar 1976 unter der Gesamthematik „Der gesellschaftspolitische Auftrag an Schule und Schullandheim“ gehen zurück auf Äußerungen, Empfehlungen und Wünsche, die von Teilnehmern und Referenten während der Jubiläumstagung des Verbandes Deutscher Schullandheime im September 1975 ausgesprochen worden sind.

Auf dieser Jubiläumstagung stand folgender Hauptgedanke im Vordergrund: Das Schullandheim hat als Ergänzungseinrichtung zur Schule im Bereich der Sozialerziehung — des sozialen Lernens — eine wichtige Ausgleichsfunktion zur schulischen Erziehung.

Wiederholt wurde angeregt, die Gesamtproblematik der „Erziehungsfunktion der Schule und des Schullandheimes in unserer Gesellschaft“ auf den nächsten Arbeitstagungen des Verbandes Deutscher Schullandheime zu erörtern und intensiver zu bearbeiten. Als Grundlagen sollten dabei die Erfahrungen von Schullandheimpädagogen, die entsprechenden Beiträge im Handbuch „Pädagogik im Schullandheim“, 1975, die Referate während der Jubiläumstagung und vorliegende Aufsätze von Erziehungswissenschaftlern dienen.

Unter dieser Grundmotivation wurde für die Arbeitstagung im Schullandheim Eppenbrunn das Thema „Der gesellschaftspolitische Auftrag an Schule und Schullandheim“ formuliert und festgelegt.

Dem Veranstalter war klar, daß diese Gesamthematik sehr umfangreich und daher die erste Arbeitstagung im Februar 1976 im wesentlichen als Auftagtagung zu verstehen sei. Schwerpunktmäßig sollte das Interesse zum einen auf der Einarbeitung in den Themenkomplex „Sozialerziehung und Politische Bildung als Auftrag der Gesellschaft an Schule und Schullandheim“ liegen und zum anderen auf der Diskussion von Modellen und Möglichkeiten, bzw. Erarbeitung konkreter Projekte in diesem Bereich.

1. Eröffnung und Begrüßung

Nach dem Abendessen versammelten sich alle Teilnehmer zur Begrüßung und Besprechung des Tagungsprogrammes.

Als Tagungsleiter eröffnete Herr Kruse die Arbeitstagung und begrüßte die Teilnehmer. Er bedankte sich im Namen des Verbandes Deutscher Schullandheime für das Erscheinen und für die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit. Sodann wies er auf die Problematik hin, daß es für Lehrer aller Schularten immer schwieriger werde, sich für mehrere Tage, bzw. für ein verlängertes Wochenende von dienstlichen Verpflichtungen befreien zu lassen. Als Vertreter der Bundeszentrale für politische Bildung wurde Herr von Soden begrüßt. Anschließend stellten sich die einzelnen Teilnehmer vor.

2. Besprechung des Tagungsprogrammes

In einleitenden Worten umriß Herr Kruse das Interesse des Verbandes Deutscher Schullandheime als Veranstalter an dieser Arbeitstagung.

Bei der Erläuterung des Tagungsprogrammes (siehe Anlage 1) wurde von Herrn Kruse darauf hingewiesen, daß sich durch die Absage von Herrn Prof. Dr. Kochansky, Flensburg, Änderungen im Ablauf ergeben hätten. Das Referat über den Modellversuch „Soziales Verhalten im Schullandheim“ mußte ausfallen und wird auf einer der nächsten Tagungen behandelt. Auf den Freitagvormittag wurde daher das Einführungsreferat von Herrn Kruse gelegt.

Das Tagungsprogramm wurde im einzelnen kurz angesprochen. Beschlossen wurde, daß die Einteilung in die Arbeitsgruppen erst nach dem Einführungsreferat erfolgen soll.

3. Anliegen des Pädagogischen Arbeitskreises

Anschließend wurden Anliegen des Pädagogischen Arbeitskreises, deren Mitarbeiter die Vorarbeiten für die Tagung geleistet hatten,

erörtert. In dem Gespräch ergaben sich einige Problemfragen und Diskussionspunkte. Daraufhin wurde die Bildung einer „Spontangruppe“ beschlossen, die am Rande der Tagung diese Punkte beraten und Vorschläge für die Diskussion im erweiterten Rahmen erarbeiten sollte.

Freitag, den 13. 2. 76

1. Einführungsreferat mit anschließender Diskussion

Das Einführungsreferat wurde von Herrn Kruse über den Themenkomplex „Sozialerziehung und Politische Bildung als Auftrag der Gesellschaft an Schule und Schullandheim“ gehalten.

Herr Kruse verdeutlichte, daß Schule und Schullandheim als pädagogische Institutionen die Aufgaben haben, die heranwachsenden jungen Menschen auf das Leben in der heutigen und zukünftigen Gesellschaft vorzubereiten. Im Rahmen dieses öffentlichen Auftrages ist in den letzten Jahren die Bedeutung der Sozialerziehung und der Erziehung zu politischem Handeln als Aufgabengebiet der Schule verstärkt diskutiert worden.

Aufgabe dieser und weiterer Arbeitstagen werde es nun sein, die sich aus der Orientierung an diesem öffentlichen Auftrag ergebenden Bildungsprobleme zu diskutieren und Möglichkeiten für ihre Bewältigung aufzuzeigen. Dabei verstehe sich die Schullandheimarbeit zwar als integrierter Bestandteil des öffentlichen Schulwesens und als Ergänzungseinrichtung zur schulischen Arbeit, die Schullandheimpädagogen sollten aber in Abgrenzung zur Situation in der Schule mehr die besonderen Möglichkeiten während des Schullandheimaufenthaltes deutlich machen. Von Herrn Kruse wurde herausgestellt, daß in der Praxis der Schullandheimarbeit die Problemfelder „Sozialerziehung als Grundvoraussetzung für politisch-institutionelles Handeln“ und „Politische Bildung im Sinne der Kenntnisvermittlung“ seit den Anfängen der Schullandheimbewegung von den Pädagogen aufgegriffen worden sind. In diesem Zusammenhang regte Herr Kruse eine Auseinandersetzung mit der historischen Komponente dieses Themenkomplexes an.

Im Hinblick auf die Erarbeitung einer Konzeption der Sozialerziehung/Politischen Bildung im Schullandheim erläuterte Herr Kruse anhand eines Regelkreismodells den Zusammenhang von individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen bzw. Zielvorstellungen und den Erziehungsprozessen in Schule und Schullandheim. Das Regelkreismodell stelle dabei einen Rahmen dar, der inhaltlich gefüllt werden müsse. Ein Anfang sollte während dieser Arbeitstagung gemacht werden.

Hinweise und Erläuterungen zu Beispielen aus der Praxis der Schullandheimarbeit, die zum Teil im Handbuch „Pädagogik im Schullandheim“, 1975, veröffentlicht wurden, ergänzten die Ausführungen. Allen Teilnehmern stand das Handbuch als Arbeitsmaterial zur Verfügung.

Zum Schluß stellte Herr Kruse einen Textauszug aus dem Buch von J. G. Klink: „Klasse H 7 E“, 1974, Klinkhardt, S. 126 ff als Aufhänger für eine Diskussion über den Zusammenhang von Politik und Pädagogik vor. Eine Grundsatzdiskussion zu diesem Punkt wurde jedoch nur kurz geführt. Man beschränkte sich zu diesem Zeitpunkt auf allgemeine Anmerkungen über das Verhältnis von Pädagogik und Politik.

In der allgemeinen Diskussion nach dem Einführungsreferat befaßte man sich besonders mit folgenden zwei Komplexen:

1. „Sozialerziehung“-hat in der Praxis der Schullandheimarbeit schon immer einen besonderen Stellenwert gehabt. Eine Aufarbeitung der Erfahrungen müsse vorgenommen werden. Es wurde festgestellt, daß der Begriff „Sozialerziehung“ inhaltlich näher definiert werden müsse. Die Frage „Gibt es gemeinsame inhaltliche Kategorien für eine Konzeption einer Sozialerziehung/Politischen Bildung während des Schullandheimaufenthaltes?“ wurde formuliert und als Aufgabe für eine Bearbeitung an den Kreis gestellt.
2. Beispiele aus der Praxis der Politischen Bildung während des Schullandheimaufenthaltes wurden angeführt. Dabei wurde besonders hervorgehoben, daß das Zusammensein von Lehrern und Schülern über einen längeren Zeitraum neben der kontinuierlichen Arbeit an einem bestimmten Projekt im Rahmen der Politischen Bildung auch das Aufgreifen von ungeplanten Ereignissen ermögliche, z. B. politische Sendungen im Hörfunk oder im Fernsehen, zufällige Gespräche und Diskussionen mit örtlichen Vertretern politischer Organisationen. Diese Ereignisse lassen sich ohne Schwierigkeiten in den Tagesablauf des Aufenthaltes einbeziehen und auch weiter verfolgen und aufarbeiten, wenn die Motivation vorhanden ist.

Aufgrund des Interesses der Teilnehmer wurden nach der Diskussion zwei Arbeitsgruppen mit folgenden Themen gebildet:

1. Erarbeitung gemeinsamer inhaltlicher Kategorien bzw. theoretischer Grundlagen für eine Konzeption einer Sozialerziehung/Politischen Bildung während des Schullandheimaufenthaltes (Das Referat von Dr. W. Bärsch sollte als eine Arbeitsunterlage miteinbezogen werden.)

2. Möglichkeiten der Durchführung von Seminaren für Schüler der Abgängerklassen aller Schularten mit den im Tagungsprogramm angezeigten Schwerpunkten.

2. Arbeit in Gruppen

Die Arbeitsgruppen nahmen ihre Arbeit am Freitagvormittag auf und setzten sie am Nachmittag und Samstagvormittag fort.

2.1 Zu Arbeitsgruppe 1:

Die Schullandheimpädagogik befindet sich z. Zt. in einer Phase der kritischen Überprüfung ihrer Prinzipien und Konzeptionen. Sie ist bemüht, den „Gegenstandsbereich“ der Schullandheimpädagogik genauer zu definieren, zu untersuchen und die „Realität“ durch theoretische, wissenschaftliche Erklärungen zu erfassen. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe war es in diesem Zusammenhang, Konzeptionen der Sozialerziehung/Politischen Bildung zu reflektieren und zu analysieren.

Während der Diskussion zu diesem Fragenkomplex spiegelten sich sehr deutlich die unterschiedlichen Standpunkte der Teilnehmer zum Theorie-Praxis-Verhältnis in der Schullandheimarbeit wider. Während der Großteil der anwesenden Lehrer den Erfahrungen aus der Praxis als Orientierung für ihr Handeln den Vorrang gaben, verstanden wiederum andere die „Theorie als eine für die Praxis anleitende Theorie“ und befürworteten daher als erstes die Erarbeitung einer Konzeption aufgrund theoretischer Überlegungen und Annahmen.

Da sich die Anwesenden insgesamt überfordert fühlten, anhand von Ansätzen zu Theorien der Politischen Bildung eine Konzeption in diesem Bereich für die Schullandheimpädagogik zu erarbeiten, schlug man vor, für diese Aufgabe eine kleine Arbeitsgruppe von Interessierten zu bilden, die sich vielleicht unter Mitwirkung von Referenten des Paritätischen Bildungswerkes bzw. der Bundeszentrale für Politische Bildung speziell mit diesem Fragenkomplex auseinandersetzt.

Im weiteren Verlauf entwickelte sich eine angeregte Diskussion über das als Aufsatz vorliegende Referat von Dr. W. Bärsch über das Thema „Psychosoziale Erziehung in Schule und Schullandheim“. Im Hinblick auf eine Beurteilung der Textvorlage war es schwierig, auf einen gemeinsamen Ausgangspunkt zu kommen. Einige waren zufrieden und angetan über die Ausführungen des Referenten; sie fühlten sich in ihren Erfahrungen und Vorstellungen bestätigt. Andere machten deutlich, daß sie das Referat lediglich als eine Grundlage für die Diskussion über ein „Theoriekonzept“ betrachten und bestimmte Begriffe kritisch hinterfragt und eindeutiger definiert werden müßten.

Das innerhalb dieser Arbeitsgruppe hervorgetretene grundsätzliche Dilemma inbezug auf das Theorie-Praxis-Verhältnis hat sich in den letzten Jahren auch in anderen Disziplinen sehr deutlich gezeigt. Bei den Schullandheimpädagogen kommt hinzu, daß aufgrund der historischen Entwicklung fast alle Vertreter „Praktiker“ sind. Allgemein besteht bei diesen Praktikern ein „Mißtrauen“ gegenüber Theorien, da sie häufig die Erfahrung machten, daß ihnen die Wissenschaft kaum Hilfen für ihre aktuellen Probleme geben konnte. Wissenschaftliche Forschung behandle in ihrer Grundlagenforschung fast nie die komplexe Erziehungssituation, wie sie sich z. B. in der Realität in der Schule oder während eines Schullandheimaufenthaltes widerspiegele, sondern untersuche nur einzelne Aspekte, ohne die Verknüpfung der verschiedenen komplexen Faktoren zu berücksichtigen und ohne daß die Möglichkeit der Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis gegeben ist.

Eine Überwindung dieser Krise könne nach Ansicht der Anwesenden nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit von praktisch tätigen Lehrern und Erziehungswissenschaftlern gelingen. Im Verband Deutscher Schullandheime sollte dies in den Arbeitsgruppen des Pädagogischen Arbeitskreises möglich sein.

2.2 Zu Arbeitsgruppe 2:

Die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe war es, eine Bestandsaufnahme von Möglichkeiten bzw. von Modellen zur Durchführung von Seminaren für Schüler aller Schularten im Hinblick auf die im Tagungsprogramm festgelegten Schwerpunktbereiche. Da eine inhaltliche Beziehung des Themenbereichs „Kurse für arbeitslose Jugendliche“ mit dem Komplex „Berufsorientierung“ besteht, wurde dieser Themenbereich miteinbezogen.

Die Arbeitsgruppe setzte sich aus 9 — 11 Lehrern aus 6 verschiedenen Bundesländern zusammen. Drei Lehrer unterrichten an Realschulen, die anderen waren vorwiegend Hauptschullehrer.

Aufgrund der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe wurde der Aspekt der Durchführung von Projekten mit Gymnasialklassen bzw. Gesamtschulklassen nur gestreift und auf bisher gemachte Erfahrungen hingewiesen. Insbesondere wurde auf Berichte aufmerksam gemacht, die im Handbuch „Pädagogik im Schullandheim“ veröffentlicht sind. Nach der Rezeption und Reflexion der Möglichkeiten von Schullandheimaufenthalten mit Gruppen aus dem Gymnasial- und Gesamtschulbereich ging man zu einem Erfahrungsaustausch über Projekte in Schullandheimen mit Klassen der Haupt- und Realschulen über — eingegrenzt auf vorliegende Erfahrungen, Projektberichte im Fächerbereich Arbeitslehre/Politik.

Globales Ziel aller Bemühungen in diesem Unterrichtsbereich ist es nach Auffassung der Teilnehmer, die Schüler über die Bedingungen der arbeitsteiligen Industriegesellschaft zu informieren, sie mit der Wirtschaft und der modernen Technik vertraut zu machen. Ausgehend von diesem Globalziel haben sich in den verschiedenen Bundesländern sehr unterschiedliche Vorstellungen und Konzeptionen entwickelt, die sich auch widerspiegeln in den Konzepten und Erfahrungsberichten von Lehrern, die Schullandheimaufenthalte unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitslehre/Politik durchführten.

In der allgemeinen Aussprache wurde besonders der Ausbildungsstand der Lehrer kritisiert, da in diesem Fächerbereich zum größten Teil Lehrer ohne ausreichende Qualifikationen im Hinblick auf die geforderten Lerninhalte den Unterricht erteilen.

Im weiteren Verlauf wurden folgende Einzelprojekte auf ihre Intentionen und Durchführungsmöglichkeiten hin analysiert und diskutiert:

1. „Ursachen von Lohn- und Tarifkonflikten“ — Ein Planspiel

Auf eine Kurzdarstellung des Planspiels kann hier verzichtet werden, da es im Handbuch „Pädagogik im Schullandheim“, 1975, S. 429 ff abgedruckt ist. Von den Anwesenden wurde betont, daß die Durchführung eines solchen Planspiels während des Schullandheimaufenthaltes eine unter mehreren möglichen Methoden im Bereich Arbeitslehre/Politik sei. Die Einbeziehung einer Erkundung eines Industriebetriebes am Ende des Schullandheimaufenthaltes oder als Nachbereitung in der Schule sollte auf jeden Fall erfolgen.

Das vorgestellte Modell ist ein Anfang und hat zum Teil noch Schwächen. Es wurde angeregt, ähnliche Planspiele zu erarbeiten und zu erproben.

2. Erkundung der Berufs- und Arbeitssituation in einem Flächenstaat

Vorhaben wie z. B. die Erkundung der Struktur eines Dorfes, von landwirtschaftlichen Betrieben und sonstigen Industrierwerken, die eine regionale wirtschaftliche Bedeutung haben (Granitwerke, Holzverarbeitende Industrie, Textil- und Schuhindustrie u. ä.), sind unter wechselnden Schwerpunkten schon traditionelle Anliegen während eines Schullandheimaufenthaltes. Durch Erkundungen in der heimatischen Großstadt und während des Aufenthaltes in den ländlichen Regionen lassen sich hervorragend Vergleiche zwischen der Arbeitssituation in der Stadt und auf dem Lande herstellen.

3. Seminare zur Berufsorientierung, Berufsvorbereitung von Abschlußklassen

Zu diesem Punkt wurden Erfahrungen ausgetauscht, und die bisher vorliegenden Berichte, bzw. Planungsentwürfe neuer Projekte diskutiert:

3.1 Nachbereitung eines Betriebspraktikums als geschlossenes Seminar im Schullandheim

Im Handbuch, 1975, S. 479 ff ist ein erster Bericht über dieses Projekt abgedruckt. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Versuch weiterhin in der Erprobung ist und Ergänzungen und Erweiterungen zum ursprünglichen Ansatz erfolgten. Zum Beispiel wurde mit der ersten Klasse im darauffolgenden Jahr ein zweites Betriebspraktikum mit anschließendem Seminar im Schullandheim durchgeführt. Nach Ansicht der Beteiligten hat besonders diese Erweiterung zu einer Intensivierung der Eigenerfahrungen der Schüler geführt.

Die Dauer der Schullandheimaufenthalte für diese Seminare sollte aufgrund der bisherigen Erfahrungen mindestens 10 Tage betragen, da sonst leicht die Gefahr eines Überangebots von Inhalten und Referaten bestehe.

3.2 Modellversuch zur Berufsorientierung von Schülern der Hauptschulklassen im Schullandheim

Zu diesem Modellversuch lag ein ausführliches Planungskonzept einer Arbeitsgruppe des Schullandheimwerkes Mittelfranken e. V. vor.

Das Ziel ist in diesem Modellversuch, im Schullandheim Möglichkeiten einer intensiveren Vermittlung von berufspraktischen Vorerfahrungen für Hauptschüler zu erproben.

Als positiv wurde von Anwesenden herausgestellt, daß hier eine Verknüpfung von der Vermittlung theoretischen Wissens und des praktischen Handelns im Umgang mit den Materialien (sowohl in den Betrieben der Umgebung als auch in dafür besonders ausgestatteten Räumen des Schullandheimes) vorgenommen werden soll. Hierzu wurde im Hinblick auf eine Übertragung des Versuches auf andere Schullandheime kritisch angemerkt, daß Schullandheime nur selten für die im Konzept dargestellten „Arbeitseinheiten“ ausgestattet sind und man berücksichtigen müsse, daß die Arbeitswelt in der Umgebung mancher Schullandheime kilometerweit sich auf eine Molkerei oder Sägewerk beschränkt.

Es wurde begrüßt, daß die Bereitschaft besteht, den Modellversuch weiter detailliert auszuarbeiten und ab 1977 zu erproben.

4. Kurse für arbeitslose Jugendliche (Jungarbeiter)

Es wurden verschiedene Möglichkeiten der Berücksichtigung der bildungspolitischen Forderung nach Kursen für arbeitslose Jugendliche im Schullandheim erörtert.

Einführend wies Herr Kruse auf Veröffentlichungen und Statistiken zu dieser Frage hin und unterstrich die wachsende Bedeutung dieser Problematik für die kommenden Jahre.

Danach wurde ein Entwurf für einen geplanten Modellversuch zur „Förderung der individuellen Berufsvorbereitung im Schullandheim“ (Arbeitsgruppe des Schullandheimwerkes Mittelfranken) beraten. Das Konzept wurde von den Anwesenden zu erst einmal im Detail hinterfragt. Im Verlauf der Diskussion von Einzelproblemen (z. B. die pädagogische und fachliche Betreuung der Jugendlichen im Schullandheim) kam man wieder auf die grundsätzliche Frage zu sprechen, ob es überhaupt sinnvoll ist, Schullandheime für eine bestimmte Zeit für solche Kurse zur Verfügung zu stellen, da es z. Zt. nicht möglich sei, diese Kurse in ein Gesamtkonzept zur Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit zu integrieren. Nach Auffassung der Teilnehmer bestehe z. Zt. mehr die Gefahr, daß Schullandheimaufenthalte nur punktuelle Maßnahmen für einen begrenzten Zeitraum sind, im Grunde die Schullandheime wohl nur „Parkplätze auf Zeit“ für diese Jugendlichen sein würden.

Leider konnten in diesem Zusammenhang die Erfahrungen aus dem Modellversuch mit Entlaßschülern, der von der Stadt Frankenthal im Schullandheim Hertlingshausen erprobt wird, nicht eingehender behandelt werden. Wegen der widrigen Wetterverhältnisse war es für die Projektleiter nicht möglich, am Samstagvormittag ins Schullandheim Eppenbrunn zu kommen.

Abschließend wurde in dieser Arbeitsgruppe festgestellt, daß Projekte im Rahmen der Arbeitslehre/Politischen Bildung und Seminare zur Berufsorientierung aufgrund der organisatorischen Gegebenheiten und inhaltlichen Möglichkeiten im Lernort Schullandheim sehr gut durchgeführt werden können. Daher sollten Schullandheimaufenthalte z. B. mit den oben genannten Schwerpunkten verstärkt in die Konzeptionen der Arbeitslehre/Politik einbezogen werden. Die Arbeitsgruppe unterstützt die Bemühungen des Verbandes Deutscher Schullandheime, einzelne Projekte im Rahmen eines Modellversuchsprogrammes zu erproben. Die vorliegenden Entwürfe und Arbeitspapiere sollten bei der Antragstellung für finanzielle Zuwendungen mitgearbeitet werden.

Samstag, den 14. 2. 76

1. Plenum

Das Plenum diente am Samstagvormittag ausschließlich zur Aufgabenbeschreibung und Neueinteilung der Arbeitsgruppen.

2. Arbeit in Gruppen

Vergleiche vorstehende Berichte der Arbeitsgruppen 1 und 2.

3. Bilanz der Tagung — Plenumsdiskussion — Ausblick

Die einzelnen Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden im Plenum nicht detailliert dargestellt. Es wurde beschlossen, Protokolle anzufertigen und sie den Teilnehmern zugänglich zu machen. Die Papiere der Arbeitsgruppe 2 sollen in die Vorbereitungen für einen neuen Modellversuch des Verbandes Deutscher Schullandheime für die Jahre ab 1977 eingehen.

Zum Schluß griff Herr Kruse noch einmal die wichtigsten Punkte auf, die während der Tagung erörtert wurden:

Die Einbeziehung und Überarbeitung von theoretischen Konzeptionen erscheint Voraussetzung zu sein, um weiterhin die Notwendigkeit von Schullandheimarbeit zu begründen und die Erfahrungen in der Praxis abzusichern. Die Anwesenden stimmten zu, für die Bearbeitung dieses Komplexes eine spezielle Arbeitsgruppe innerhalb des Pädagogischen Arbeitskreises des Verbandes zu bilden und dazu auch interessierte „Außenstehende“ hinzuzuziehen. Diese Arbeitsgruppe sollte sich auch zur Aufgabe machen, die Konzeptionen der Gemeinschaftserziehung und politischen Bildung im Schullandheim unter historischem Aspekt aufzuarbeiten. Herr Kruse gab hierzu noch einen ausführlichen Beitrag aus dem Handbuch, 1975, S. 50 ff, Anlage 4.

Aufgrund der Erfahrungen dieser Arbeitstagung sollen zunächst weitere Tagungen mit kleinen Arbeitsgruppen stattfinden, die den Versuch einer systematischen Einbeziehung von theoretischen Konzeptionen zur Sozialerziehung/Politischen Bildung in die gegenwärtigen Konzeptionen der Schullandheimpädagogik unternehmen und praktische Modelle erarbeiten sollen. Interessierte Lehrer und Vertreter von Pädagogischen Instituten, Hochschulen und erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen von Universitäten werden aufgerufen, sich an dieser Aufgabe zu beteiligen. Weitere Informationen beim Verband Deutscher Schullandheime e. V., Mendelssohnstraße 86, 2000 Hamburg 50.

Klaus Kruse

Vorstellungen über den Aufgabenbereich des Pädagogischen Arbeitskreises (PA)

Die Teilnehmer der Arbeitstagung in Eppenbrunn erörterten die Frage der Weiterarbeit des Pädagogischen Arbeitskreises. Sie sehen folgende Aufgabenbereiche als Anliegen für die nächsten Jahre:

- 1. Standortbestimmung der Pädagogik im Schullandheim**
 - 1.1 Überprüfung des eigenen Selbstverständnisses
 - 1.2 Reflexion und Vertiefung der bisherigen Ansätze einer Theorie des Schullandheimes
 - 1.3 Reflexion des Erziehungsauftrages für das Schullandheim
 - 1.4 Einbeziehung der „Freizeitpädagogik“
 - 1.5 Durchführung von Analysen und Effektivitätskontrollen

- 2. Pädagogische Begleitung im Rahmen des Modellversuchsprogramms**
 - 2.1 Betreuung und Koordinierung des Modellversuchsprogramms
 - 2.2 Dokumentationen und Publizierungen von Unterrichtsmodellen und Projekten

- 3. Veröffentlichungen**
 - 3.1 Fortführung und Überarbeitung des Handbuches
 - 3.2 Erstellung von Publikationen für die Fachzeitschrift
 - 3.3 Erarbeitung von Texten im Sinne der Selbstdarstellung zur Veröffentlichung in pädagogischen Zeitschriften usw.

- 4. Intensivierung der Schullandheimarbeit in der Lehreraus- und -weiterbildung**

- 5. Ausbau des Archives**
 - 5.1 Sammlung von Prüfungsarbeiten
 - 5.2 Einrichtung einer Bibliothek schullandheimbezogener Fachliteratur

- 6. Einrichtung einer Mediathek**
 - 6.1 Sammlung von Heim-, Unterrichtsmappen und Handreichungen
 - 6.2 Sammlung von Filmen, Videobändern und Diaserien

Die Teilnehmer in Eppenbrunn empfehlen dem Vorstand die Einrichtung weiterer **Fachausschüsse** für folgende Bereiche:

1. **Öffentlichkeitsarbeit** (vgl. Lankau-Protokoll vom Januar 1976)
2. **Richtlinienprobleme**
3. **Rechts-, Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen** (Herr Retzlaff und Herr Packeiser, Hamburg, haben ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in diesem Bereich ausgesprochen).

Arbeitsgespräch zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ am 15. Januar 1976 in Lankau

Aufgrund der angebahnten Zusammenarbeit mit dem Walhalla-Verlag bei der Herausgabe des Handbuches und aus seiner Begeisterung für die Schullandheimidee fühlte Herr Verlagsdirektor Schleifer sich angespornt, persönlich mittätig zu werden. Mit Hilfe seines Verlages sieht er gute Möglichkeiten, Beiträge für die Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Herr Schleifer schlägt vor, Werbetexte über die Schullandheimarbeit in Form von Selbstdarstellungen in Berufskatalogen, Beamtenkalendern und Informationsschriften aufzunehmen. Es sollen wechselnde prägnante Texte erscheinen. Textentwürfe wurden im Vorstand erörtert. Ein Arbeitskreis wird sich in Weißenstadt erneut treffen und dann einmal jährlich (Januar 1977 erstmalig) im Schullandheim Lankau.

Darüber hinaus regt Herr Schleifer an, den großen Schulbuchverlagen Textentwürfe zum Abdruck in geeigneten Schulbuchreihen und insbesondere Lehrerheften anzubieten. Herr Neckel will darüber gelegentlich mit Vertretern des Diesterweg-, Klett- und Westermann-Verlages sprechen. Herr Erdmann übernimmt es, entsprechende Verbindungen zum Schroedel- und Pelikan-Verlag herzustellen.

Außerdem sollen pädagogische Zeitschriften zur Übernahme von Texten und Zeichnungen gebeten werden. Herr Neckel will sich dann beim Verlag Erziehung und Wissenschaft und der Bundeszeitung der GEW bemühen.

Herr Lendt und Herr Neckel sehen auch Möglichkeiten, Kurzinformationen an die dpa weiterzugeben.

Im Rahmen dieses Arbeitsgespräches wird von Herrn Erdmann auf einen geplanten Malwettbewerb „Jugend sieht das Alter“ hingewiesen, der in Zusammenarbeit mit dem „Kuratorium Deutsche Altershilfe“ und unter Mithilfe des Schroedel- und Pelikan-Verlages durchgeführt werden soll. Ziel ist es, im Rahmen des Wandkalenders 1978 des Schroedel-Verlages Werbung für den Schullandheimverband zu betreiben.

Herr Kleiß berichtet über eine Aufkleber-Aktion mit dem Verbandsabzeichen, die vom Schullandheimwerk Mittelfranken e. V. eingeleitet worden ist. Die Beteiligung weiterer regionaler Verbände ist möglich.

Herr Neckel erinnert an seinen vorjährigen Vorschlag, in möglichst vielen Schullandheimen zu gleicher Zeit im ganzen Bundesgebiet einen „Tag der offenen Tür“ durchzuführen. Auf der nächsten Vorstandssitzung soll beraten werden, ob ein Tag der offenen Tür im Spätherbst nach der Arbeitstagung in Weißenstadt stattfinden soll.

Rheinland-Pfalz
Kultusministerium
Pressenotiz

„**Betr.:** Schullandheimaufenthalte 1975 in Rheinland-Pfalz

Das Kultusministerium Rheinland-Pfalz unterstützt seit vielen Jahren die Durchführung von Schullandheimaufenthalten, die eine wirklichkeitsnahe, gemeinschaftsbetonte und abwechslungsreiche Bildungsarbeit ermöglichen. Auch im Jahre 1975 haben wieder viele Schulen unseres Landes einen Schullandheimaufenthalt durchgeführt. Insgesamt beteiligten sich hieran 350 Klassen mit 9 350 Schülern.“

VERBAND
DEUTSCHER
SCHULLANDHEIME E.V.
DEUTSCHES
JUGEND-
HERBERGSWERK

Schulfahrten in Jugendherbergen und Schullandheime sind in steigendem Maße fester Bestandteil schulischer Arbeit. Sie wird geleistet in:

587 Jugendherbergen mit 73 000 Betten
und 400 Schullandheimen mit 35 000 Betten.

1974 fuhren im Rahmen von Schulfahrten

1 140 000 Schüler in Schullandheime
und 1 130 000 Schüler in Jugendherbergen.

Außerdem wird darauf hingewiesen, daß in den Ferien unter ehrenamtlicher pädagogischer Betreuung die Schullandheime noch einmal ungefähr 100 000 und die Jugendherbergen 260 000 Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik aufnehmen.

Der vorhandene Investitionswert von Jugendherbergen und Schullandheimen übersteigt die Milliardengrenze bei weitem. Es wird deutlich, welche große Kapazität für Schüler, Kinder und Jugendliche im Rahmen sozialer und jugendpolitischer Arbeit zur Verfügung steht. Auf sie kann nicht verzichtet werden.

Die Schullandheime und Jugendherbergen entstanden in jahrzehntelanger gemeinnütziger Arbeit, ohne wie sonst meistens üblich, zuerst nach Vater Staat zu rufen. Im Bundesdurchschnitt sind etwa 80 Prozent der Investitionen und der laufenden Kosten von Eltern, Schülern und Lehrern, durch Spenden und Stiftungen als Ergänzung staatlicher Aufgaben aufgebracht worden. Sie wurden und werden über Schulvereine und durch die Lehrerschaft im wahrsten Sinne des Wortes mit unermüdlicher und nicht erlahmender Initiative zusammengekratzt.

Groschen für Groschen und Mark für Mark von vielen Bürgern bringen auch in diesem Jahr Millionen für den notwendigen Zweck zusammen. Doch diese Mittel reichen nicht aus. Die Beteiligung der öffentlichen Hand durch Sachzuwendungen und Zuschüsse für Klassenreisen ist unerläßliche Voraussetzung für die Fortsetzung der Arbeit und den Bestand der Einrichtungen.

In Schullandheimen und Jugendherbergen sind niemals materielle Gewinne erzielt worden. Um möglichst viele Jugendliche einbeziehen zu können, konnte und mußte immer an der Grenze der Rentabilität gearbeitet werden. Gewinn war ausschließlich die pädagogische und soziale Arbeit für viele hunderttausend Kinder.

Die uns gestellte Aufgabe im Rahmen demokratischer Erziehung und Bildung bleibt die aktive Sozialerziehung, damit der einzelne in der Gruppe befähigt wird, die Entwicklung unserer Gesellschaft mitzugestalten. Unterricht in der Schule kann heute soziale Erziehung nur noch begrenzt leisten. Zunehmende Individualisierung, daneben in Grenzen verständliche, für Kinder und Jugendliche aber häufig bedenkliche Leistungsanforderungen, lassen der Schule zu wenig Raum für soziale Erziehung. Aufenthalte in Schullandheimen und Schulfahrten in Jugendherbergen übernehmen und übernehmen diese nicht wegzudenkende Ergänzung des Unterrichts in der Schule. Zu erwähnen bleibt der Freizeitwert der Heime in den Ferien und neue Aufgaben im Zusammenhang mit der Diskussion um den Bildungsurlaub.

Für den lernzielorientierten Unterricht ergibt sich während eines Heimaufenthaltes die Möglichkeit zu sonst kaum noch bekannter Realbegegnung mit der Umwelt, die vielfach von der Schule nur noch theoretisch dargestellt werden kann. (Randbemerkung: Schulfahrten machen Kindern und Jugendlichen Spaß und motivieren zum Lernen.)

Die Diskussion über die Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden geben uns zur Sorge Anlaß, daß gewachsene und in unserer demokratischen Gesellschaft notwendige Arbeit eingeschränkt oder teilweise sogar unmöglich wird.

Wenn sich das Deutsche Jugendherbergswerk und der Verband Deutscher Schullandheime mit dieser Sorge an Sie wenden, wollen Sie bitte erkennen, daß wir zum ersten Mal nach jahrzehntelanger Arbeit in dieser Form auch an die gewählten Vertreter in den Parlamenten herantreten. Die Art unserer Demonstration ist dieser Appell an Sie:

Helfen Sie, Haushaltsabstriche in unserer Sache zu vermeiden. Wenn die ohnehin schon geringen Ansätze für die Bezuschussung bedürftiger Schüler bei Klassenreisen und die Vergütung für die begleitenden Lehrer herabgesetzt oder gänzlich gestrichen werden, sind zukünftig viele Schulen nicht mehr in der Lage, Klassenfahrten durchzuführen.

Ebenso nachteilig wirkt sich die Kürzung oder Streichung von Mitteln für den Ausbau und die Unterhaltung von Jugendherbergen und

Schullandheimen aus. Dadurch müssen notwendige Erweiterungen und Verbesserungen unserer Einrichtungen unterbleiben, die die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Arbeit im Sinne der Schullandheimpädagogik bedeuten.

Vertreter unserer Verbände stehen Ihnen zu weiteren Informationen zur Verfügung. Wir würden uns freuen und eine Anerkennung unserer Arbeit darin sehen, wenn Sie häufiger die Gelegenheit nutzen würden und die Einrichtungen unserer beiden Verbände besuchen würden. Dort finden sie viele lebendige und fröhliche Kinder, aber auch ernste Probleme.

Verband	Deutsches Jugendherbergswerk
Deutscher Schullandheime e. V.	Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen e. V.
Landesschulrat W. Neckel	Prof. Dr. Pöggeler
Geschäftsführender Vorsitzender	Hauptgeschäftsführer
Schenk	Weiß

Institut für Regionale Bildungsplanung untersucht Schullandheime

Das Institut für Regionale Bildungsplanung, Hannover, plant ein Forschungsprojekt „**Jugendwohnen unter Aspekten von Freizeit, Bildung und Jugendhilfe**“. Das Institut ist eine Einrichtung des Landes Niedersachsen. Seine Aufgaben umfassen alle Bereiche des Bildungswesens und den damit verbundenen sozialen und kulturellen Diensten. Dabei wird die Bildungsplanung als Infrastrukturplanung in den Rahmen der Raum- und Siedlungsentwicklung in den Rahmen der Landes- und Regionalentwicklungsplanung eingeordnet.

Neben Arbeiten zur regionalen Schul- und Hochschulplanung, Studiengangs- und Kapazitätsplanung, beruflichen Bildung und Weiterbildung sowie der Entwicklung und Planung im Bereich von Fernstudium, Fernunterricht und Medienverbund ist das Institut auch im Bereich der Jugendhilfe tätig.

So wurden unter anderem die Planung von Einrichtungen der Jugendhilfe im städtischen Siedlungsraum am Beispiel der Stadt Osnabrück, Planungen zur Wohnraumversorgung für Studenten in Hochschulstädten und Schulentwicklungsplanungen für behinderte Kinder im Regierungsbezirk Düsseldorf durchgeführt. Die Ergebnisse einer Untersuchung zu Nutzungs- und Standortkonzeptionen von Jugend-

herbergen unter Aspekten der Jugend- und Freizeitpolitik werden Anfang nächsten Jahres vorliegen.

Mit dem geplanten Projekt zum Jugendwohnen sollen die Aktivitäten des Instituts auf den Gebieten der Jugendhilfe und des Wohnens fortgesetzt und unter Aspekten von Bildung und Freizeit zusammengeführt werden. Langfristiges Ziel ist dabei, Aufgaben, Kapazitäten und Standorte von Einrichtungen der genannten Bereiche unter Aspekten eines abgestuften und aufeinander bezogenen regionalen Systems zu überprüfen.

Als ergänzende Einrichtung zur Schule nehmen die Schullandheime in der Bundesrepublik eine Vielzahl von bildungs- und freizeitbezogenen Aufgaben wahr. Durch ihre Tätigkeit wird neben Erziehung und Unterricht soziales Lernen als eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen im Sozialisationsprozeß besonders gefördert. Eine langfristige Bereitstellung öffentlicher Mittel ist deshalb erforderlich, um die Funktionsfähigkeit der Schullandheime auch in Zukunft zu gewährleisten und neue Aufgaben im Rahmen der wachsenden Bedeutung von Bildung in der Freizeit übernehmen zu können. Dies setzt eine Überprüfung der vorhandenen Kapazitäten und Standorte der Schullandheime voraus.

In einem ersten Schritt soll die regionale, bauliche und personelle Situation von Schullandheimen in Niedersachsen und Hamburg flächendeckend analysiert werden. **Die Erhebung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Schullandheime.** Erhebungsinstrument wird ein Fragebogen sein; der Beginn der Erhebung ist für August 1976 vorgesehen. Über den Verlauf der Untersuchung soll in den folgenden Ausgaben berichtet werden. Die Ergebnisse werden in einem Forschungsbericht zusammengefaßt und allen Interessierten zugänglich gemacht.

**Institut für Regionale Bildungsplanung
Arbeitsgruppe Standortforschung — GmbH
3000 Hannover, Weddigenufer 2**

Fernseherziehung im Schullandheim

In einer Gesellschaft, in der die Massenmedien einen wesentlichen Bestandteil des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens ausmachen, sollte man auch lernen können, mit diesen Medien sachgerecht umzugehen. Die Heranwachsenden sollten nicht aus der Schule entlassen werden, ohne im kritischen Umgang mit den Medien unterwiesen worden zu sein. Das ist im Schulalltag nicht so leicht zu realisieren. Es nützt nicht viel, nur über die Medien zu reden. Eindrucksvoller ist der Versuch, selbst einmal Sendungen zu machen. Man erkennt so eher die damit verbundenen Probleme und die Möglichkeiten der Manipulation, die bewußt oder unfreiwillig die Darstellung der Wirklichkeit verzerren können.

Im Schullandheim Obersteinbach/Neustadt-Aisch gibt es für interessierte Hauptschulklassen, die Möglichkeit an einem mit Bundesmitteln geförderten Unterrichtsprojekt zur Fernseherziehung teilzunehmen. Einige der Themen: Programmanalyse, Analyse einzelner Sendungen, Programmauswahl als Mittel der Beherrschung des Mediums, Arbeit im technischen Bereich, Werbung im Fernsehen, Nachrichten und politische Informationssendungen, Programmsparten, Medienvergleich, der Schüler als Kommunikator, Manipulation und Herrschaft durch Massenkommunikation, Untersuchung des Fernsehverhaltens der Bevölkerung, Reportage zur Erforschung des Schullandheimes und seiner Umgebung, Eigenproduktion von Fernsehsendungen.

Das Heim ist mit allen erforderlichen Räumen und Geräten ausgestattet. Fernsehsendungen können direkt angesehen und bearbeitet werden, sie können aber auch zunächst gespeichert und dann am didaktisch geeigneten Ort abgespielt werden. Die Schüler können sich an der Produktion einer eigenen Tagesschau beteiligen, die als Planspiel in Gruppen durchgeführt wird.

Die nötigen Vorkenntnisse erwerben die Schüler während des Aufenthaltes im Schullandheim oder vorher. Die Arbeit der Klasse wird im Landheim von einem wissenschaftlichen Assistenten des Fachbereichs Erziehungs- und Kulturwissenschaften der Universität Erlangen-Nürnberg begleitet.

Im Schuljahr 1975/76 steht die Arbeit wesentlich unter dem Titel „Fernsehnachrichten“. Meldungen interessierter Hauptschullehrer, die am Unterrichtsprojekt mitarbeiten möchten, sind an Gerd Lindemann, 85 Nürnberg, Petersauracher Straße 36 zu richten.

Malwettbewerb „Jugend sieht das Alter“

Der VERBAND DEUTSCHER SCHULLANDHEIME E. V. hat 1968 schon einmal einen Malwettbewerb „Jugend sieht das Alter“ durchgeführt. Aufgrund der guten Erfahrungen bei der Zusammenarbeit von 1968 wandte sich das Kuratorium Deutsche Altershilfe mit der Bitte an unseren Verband, erneut einen Malwettbewerb „Jugend sieht das Alter“ zu organisieren.

Das KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE, Wilhelmine-Lübke-Stiftung e. V., steht seit 1963 in Dienste alter Menschen. Mit seiner Hilfe wurden seither Altenwohnungen, -tagesstätten und -heime mit Pflegeplätzen gebaut und eingerichtet. Vom Beginn der Arbeit an gehörte es ebenso zu seinen Aufgaben, die Öffentlichkeit über die Situation der älteren Bürger zu informieren, Vorurteile beseitigen zu helfen und neue Wege des gegenseitigen Verstehens zwischen jung und alt anzuregen.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Schullandheime e. V. ist bereit, das Kuratorium Deutsche Altershilfe in seiner Aufgabenstellung zu unterstützen und die Durchführung für den neuen Malwettbewerb zu übernehmen.

Zu diesem Malwettbewerb 1976 sollten Sie folgendes wissen:

1. Träger:

KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE — Wilhelmine-Lübke-Stiftung e. V.

VERBAND DEUTSCHER SCHULLANDHEIME e. V.

2. Zeitlicher und technischer Ablauf

2.1 interne Vorbereitung bis 1. August 1976

2.2 Wettbewerb in den Schulen: Ende der Sommerferien 1976 bis 30. November 1976.

Nach den Sommerferien (gestaffelt gemäß des Schulbeginns) wird das Material an unsere Mitglieder verschickt. Der Start des Wettbewerbs erfolgt sofort nach der Verteilung der Informationspapiere und der Wettbewerbsbestimmungen.

Einsendeschluß: 30. November 1976

Die angefertigten Arbeiten werden klassenweise oder einzeln an die Landes- bzw. Regionalverbände des Verbandes Deutscher Schullandheime eingesandt.

2.3 Regionale Auswertung: Dezember 1976

Eine ehrenamtliche Jury — Künstler, Kunsterzieher, Pädagogen und Psychologen — wertet die bei der Sammelstelle eingegangenen Arbeiten auf regionaler Ebene aus. Aus jedem Bundesland kommen 100 ausgewählte Arbeiten in die Endauswertung.

2.4 Regionale Ausstellungen: Januar 1977

Die besten Arbeiten könnten außerdem in einer geeigneten Schule, Sparkasse, Rathaus oder in einem ähnlichen öffentlichen Gebäude — möglichst am Sitz der Landesregierung — der Regionalpresse, den Fachreferenten der Landesregierung und einer interessierten Öffentlichkeit (vielleicht 5-10 Tage) zugänglich gemacht werden.

2.5 Bundesauswertung und Prämierung der Bundessieger:

Februar 1977

Eine Hauptjury von Experten aus dem Bereich der Kunsterziehung ermittelt die Hauptgewinner und verteilt die unten angeführten Preise.

2.6 Öffentlichkeitsarbeit

- Wanderausstellung des Kuratoriums Deutsche Altershilfe: Eine Auswahl der preisgekrönten Bilder — etwa 50 Arbeiten — wird nach Abschluß der Aktion in einer Wanderausstellung gezeigt werden.
- wissenschaftliche Auswertung aller angefertigten Arbeiten im Rahmen der Gerontologie-Forschung.
- Veröffentlichung von ausgewählten Arbeiten im Bildkalender 1978 (Hermann Schroedel Verlag und die Günther Wagner Pelikan-Werke): Im Rahmen dieses Bildkalenders 1978 wird über den Malwettbewerb berichtet werden und es besteht außerdem die Möglichkeit der Selbstdarstellung für den Verband Deutscher Schullandheime und das Kuratorium Deutsche Altershilfe.

Die eingesandten Arbeiten gehen in das Eigentum des Veranstalters über, der über weitere Verwendung frei entscheidet. Das Ausstellen von Arbeiten und die Reproduktion werden ausdrücklich vorbehalten. Durch die Beteiligung erklärt sich jeder Teilnehmer und gesetzlicher Vertreter mit den vorstehenden Bedingungen einverstanden.

3. Teilnehmerkreis

6 bis 15jährige Schüler aller Schularten, die Schullandheimaufenthalte durchführen und Schullandheimarbeit betreiben.

4. Thematische Zielsetzung

Im Rahmen seiner Forschungsaufträge ist das Kuratorium Deutsche Altershilfe daran interessiert zu erkunden:

- welche bildlichen Vorstellungen äußern die Schüler zu den älteren Menschen;
- welches „Bild“ machen sich die Kinder und Jugendlichen vom Alter.

5. Ausführungen

Es kann mit Deckfarben, Wachsmal-, Faser-, Bleistiften, Zeichenkohle, Öl- oder Temperafarben auf einem weißen oder farbigen Untergrund gemalt werden; das Format darf nicht größer als DIN A 3 sein.

6. Wertung und Preise

Es wird in drei Altersgruppen gewertet: 6 bis 8, 9 bis 11, 12 bis 15 Jahre.

- 3 x 1. Preis: Je ein Wochenendurlaub mit Eltern und Geschwistern in einem in erreichbarer Nähe gelegenen Schullandheim
- 3 x 2. Preis: Je eine große Malkiste im Wert v. ca. 150,— DM
- 3 x 3. — 5. Preis: Je ein Malpaket im Wert von ca. 50,— DM
- 3 x 6. — 10. Preis: Je eine Spielesammlung im Wert v. ca. 30,— DM
- etwa 500 Preise: Jugendbücher aus dem Schaffstein-Verlag
- etwa 500 Preise: Eteis mit Farbstiften im Wert von 3,— DM

7. Finanzierung

durch das Kuratorium Deutsche Altershilfe. Der Hermann Schroedel Verlag und die Günther Wagner Pelikan-Werke unterstützen die Durchführung des Malwettbewerbs und stellen Preise zur Verfügung. Um zahlreiche Beteiligung und um Mithilfe bei der Durchführung dieses Malwettbewerbs bitten

H.-D. Erdmann und H. Kruse

P. S. Falls Sie noch Fragen haben, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Veermoor 4 (Schule) / Telefon: (040) 83 60 50
2000 Hamburg 53

Hotelkaufmann

26 Jahre, verheiratet (Ehefrau staatlich anerkannte Erzieherin),
1 Kind, seit 3 Jahren Sparkassenangestellter, Kenntnisse in
Küche, Magazin, Einkauf, Verwaltung, lange Erfahrung in der
Jugendarbeit, geschickt im Ausführen handwerklicher Arbeiten,
sucht dauerhafte Stellung als

HEIMVERWALTER

Angebote an Th. Spross, Paul-Gerhardt-Str. 1, 4100 Duisburg 1

Das Unterrichtsbeispiel

Die Sozialstruktur einer ländlichen Gemeinde in ihrer räumlichen Anordnung — dargestellt am Beispiel von Stühlingen, Krs. Waldshut

Ein Beitrag zur Anwendung sozialgeographischer Fragestellungen und Methoden während eines Schullandheim-Aufenthaltes

Dieses Unterrichtsprojekt ermöglicht ein intensives Kennenlernen des Schullandheim-Ortes und seiner Gemeinde innerhalb weniger Tage. Er wurde von einer 8. Realschulklasse während eines Landheim-Aufenthaltes in Stühlingen, Krs. Waldshut (1 800 Einwohner), durchgeführt.

I. Zur Methode

a) Auszählung der Gebädefunktionen

Zunächst wurde gleich nach Ankunft in Stühlingen am Nachmittag die Aufgabe gestellt, einen Ortsplan mit Straßennamen zu zeichnen. Das gab den Schülern Gelegenheit, die Physiognomie des Ortes bei einem Spaziergang in Gruppen kennenzulernen.

Stühlingen wurde dann in fünf Zählbezirke aufgeteilt, die vom Ortsplan her deutlich voneinander unterschieden waren. Die Auszählung von bewirtschafteten Bauernhöfen, reinen Wohnhäusern, gewerblichen Anwesen und zweckentfremdeten Gebäuden erfolgte am zweiten Tag in Gruppen (Zählbezirke) und Untergruppen (je 2 Schüler) und nahm etwa 2 Stunden in Anspruch.

Sie ergab

1. einen ersten Hinweis auf die Erwerbsstruktur (Landwirtschaft, Industrie/Handwerk, Dienstleistungen),
2. durch Art und Anzahl der zweckentfremdeten Gebäude einen Hinweis auf strukturelle Veränderungen, insbesondere der Landwirtschaft (Aussiedlung).

Fragebogen

Wir sind Schüler der Klasse 8 der Realschule Bad Schönborn bei Heidelberg und sind hier zu einem zweiwöchigen Schullandheim-Aufenthalt. Wir wollen Stühlingen und seine Bevölkerung näher kennenlernen und führen zu diesem Zweck eine Befragung durch. Wir bitten Sie, uns folgende Fragen zu beantworten:

1. a) Wohnen Sie schon immer hier Sind Sie zugezogen
b) Wenn nicht von Geburt an, aus welchem Ort sind Sie zugezogen? bei

2. Wo wohnen Sie in Stühlingen (Straße)?

3. Gehören Sie einem Verein an? ja nein

Wenn ja, welchem?

4. Falls Sie Kinder haben, gehen sie auf weiterführende Schulen und wohin?

Schulart Ort

.....

5. Haben Sie (Ihr Mann) ein Auto? ja nein

Wagentyp Baujahr

6. Lesen Sie täglich Zeitung? ja nein

Wenn ja, welche? „Schwarzwälder Bote“ „Bild“

.....

.....

Lesen Sie gelegentlich „Spiegel“ „Zeit“ „Welt am Sonntag“

7. a) Sind Sie mit Stühlingen als Wohnort zufrieden? ja nein

b) Womit sind Sie unzufrieden und welche Einrichtungen sollte die Gemeinde noch schaffen?

.....

8. Welchen Beruf üben Sie (Ihr Mann) aus?

9. Wo befindet sich Ihr (Ihres Mannes) Arbeitsplatz?

.....

10. Wenn der Arbeitsplatz nicht am Ort ist, mit welchem Verkehrsmittel wird er erreicht?

eigener Pkw

öffentliches Verkehrsmittel

11. Stühlingen ist Kurort. Verdienen Sie am Fremdenverkehr?

ja nein Wenn ja, wie

12. Treiben Sie noch Landwirtschaft? ja nein

Wenn ja, bewirtschaften Sie Ihr Land haupt- oder nebenberuflich?

hauptberuflich

nebenberuflich

Wie groß ist die bewirtschaftete Fläche? ha

Waren Sie früher in der Landwirtschaft tätig? ja nein

13. In welchem Ort gehen Sie zum

a) praktischen Arzt in

b) Zahnarzt in

c) Facharzt (z. B. Augenarzt) in

d) Krankenhaus in

14. Wo kaufen Sie Lebensmittel ein

a) wochentags in

b) samstags in

15. Wo kaufen Sie

a) Schuhe in

b) Anzug oder Kostüm in

c) Fernseher oder Kühlschrank in

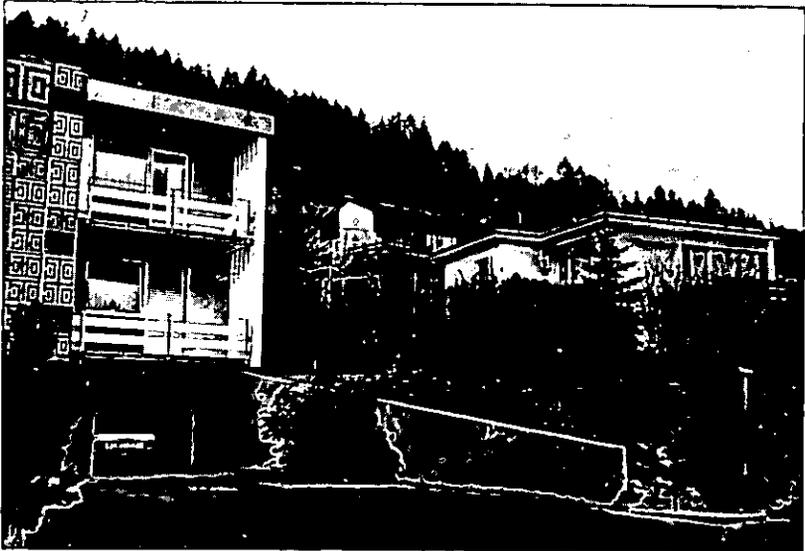
b) Befragung von Stühlinger Einwohnern

Am dritten Tag wurden etwa 80 Stühlinger mit Hilfe eines vorbereiteten Fragebogens von Zweiergruppen interviewt, die sowohl Passanten auf der Straße ansprachen als auch Hausbesuche unternahmen. Dies nahm wiederum etwa zwei Stunden in Anspruch.





DIE „VIERTELSBILDUNG“ VON STUHLINGEN



Die Befragung sollte Aufschluß geben über Mobilität, Einkommensverhältnisse, Beruf und Ort der Berufsausübung, Stellung Stühlingens in der Hierarchie der zentralen Orte, soziale Elemente wie Vereinszugehörigkeit, Aufgeschlossenheit und Informationswille, politische Tendenzen.

c) Heranziehen statistischer Unterlagen der Gemeindeverwaltung

Um Aufschluß darüber zu gewinnen, inwieweit die Befragung repräsentativ war bzw. mit welcher Fehlerquote gerechnet werden muß, hat sich eine Gruppe von Schülern die exakten Zahlen von der Gemeindeverwaltung geben lassen.

1. Beispiel: Erwerbsstruktur

	a) aus Befragung (‰)	b) tatsächlich (‰)
Landwirtschaft	7	20
Industrie/Handwerk	46	40
Handel/Verkehr (einschl. freie Berufe)	46	40

2. Beispiel: Auspendler

Die Befragung ergab von 36 Erwerbstätigen 13 Auspendler, das sind 35 Prozent.

Die Gemeindeverwaltung registriert von etwa 700 Erwerbstätigen 220 Auspendler, das sind 31 Prozent.

II. Ergebnisse und Auswertung (Beispiele)

a) Gebäudefunktionen in Stühlingen

	I	II	III	IV	V	Zus.	%
bewirtsch. Bauernhöfe	—	—	—	4	3	7	2
reine Wohnhäuser	27	53	24	91	33	228	63
gewerbl. Anwesen	4	15	37	17	30	103	29
zweckentfr. Gebäude	—	6	1	11	4	22	6

Zählbezirk I: Sommerhalde

II: Rappenhalde

III: Zoll — Post

IV: Oberstadt

V: Post — Cafe (Hauptstraße)

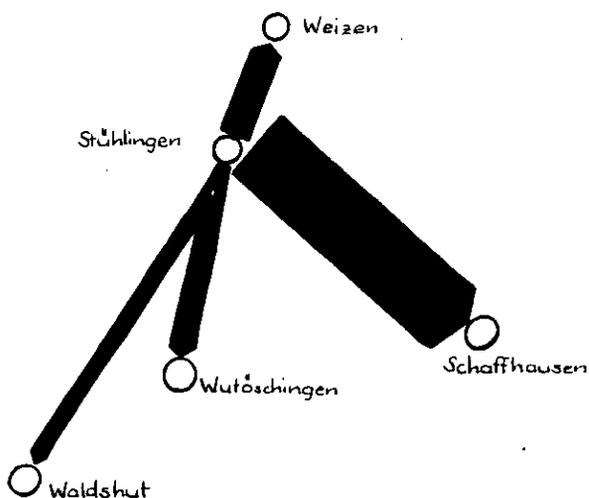
b) Befragung von Stühlinger Einwohnern

Befragungsbezirk	I	II	III	IV	V
Anzahl der Befragten	14	18	16	16	18
täglich Zeitung lesend	12	16	13	9	15
Bildzeitung	—	—	1	1	4
Südkurier	12	14	11	8	13
Spiegel	8	1	5	4	5
Welt am Sonntag	4	—	2	2	7
Arbeitsplatz in					
Stühlingen	5	11	9	3	15
Weizen, Nachbarorte	3	—	1	—	1
Schweiz (Schaffh.)	—	2	—	2	1
Waldshut, Blumberg, Bonndorf	1	1	2	1	1

Auspendler

2 cm Bandbreite entsprechen 100 Auspendlern
 Auf sonstige Orte verteilen sich 46 Auspendler

(Quelle: Angaben der Gemeindeverwaltung)



Einkaufsorte für Anzug oder Kostüm

2 cm Bandbreite entspricht 30 Prozent

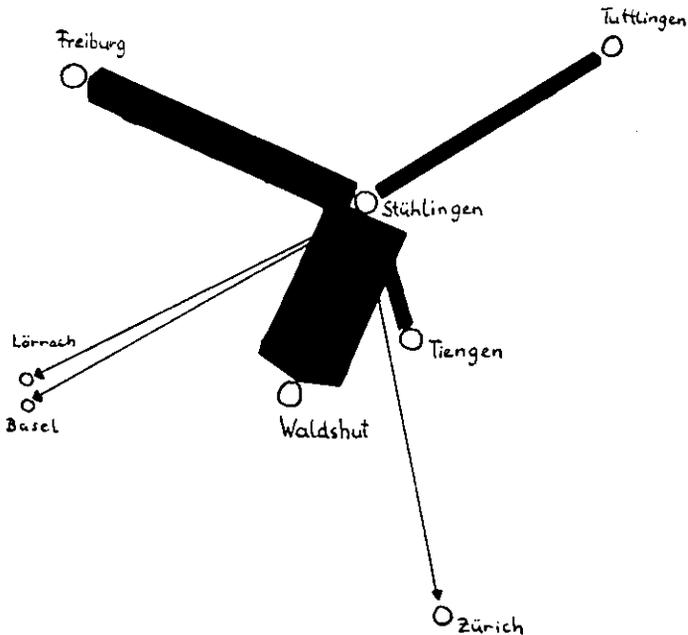
39 Prozent kauft in Stühlingen selbst ein (Quelle: Befragung)

Einkauf von Anzug (Kostüm)

	I	II	III	IV	V
in Stühlingen	1	7	1	6	9
Waldshut	5	3	8	3	3
Freiburg	3	1	1	—	3
Tiengen	—	—	—	3	—
Tuttlingen	—	—	2	—	—
Lörrach	—	—	1	—	—
Basel	—	—	1	—	—
Zürich	—	—	1	—	—

Aufgeschlossenheit der Befragten der Befragung gegenüber

	Aussage verweigert	hereingebeten
Bezirk I	4	6
Bezirk II	5	9
Bezirk III	4	2
Bezirk IV	2	1
Bezirk V	8	1



ca. M 1 : 2

III. Zusammenfassung der Ergebnisse: Die „Viertelsbildung“ in Stühlingen

Auf Grund von Auszählung der Gebäudefunktionen und Befragung kamen die Schüler zu der Erkenntnis, daß Stühlingen eine recht heterogene Gemeinde sein muß, die in deutlich voneinander unterschiedene Viertel zerfällt, die sich in etwa mit den auf Grund physiognomischer- und Lagemerkmale erstellten Zähl- und Befragungsbezirken decken und deren Bewohner sich durch ganz bestimmte soziale Merkmale charakterisieren lassen:

1. Die Sommerhalde

Es ist ein reines Wohngebiet, gewerbliche Anwesen treten ganz zurück. Hier wohnen vornehmlich Zugezogene, relativ teure Wagen sowie die Bauweise der Häuser lassen auf vergleichsweise hohes Einkommen der Bewohner schließen. Informationswille und Bildung schlagen sich im Zeitungslese-Verhalten nieder, unmittelbare Beziehungen zum Gemeindeleben scheinen zu fehlen (keine Kritik an Gemeindeeinrichtungen). Wird zum Arbeitsplatz gependelt, so mit dem eigenen Pkw, anspruchsvollere Objekte wie Anzug oder Fernsehgerät werden außerhalb Stühlingens gekauft. Zusatzverdienst durch Zimmervermietung ist nicht nötig.

2. Die Rappenhalde

Der zwischen 1950 und 1955 für Flüchtlinge aus Ostdeutschland erstellte Ortsteil hat viele Wesenszüge mit der Sommerhalde gemein. Insgesamt scheinen die Bewohner finanziell nahezu so gut gestellt zu sein wie die der Sommerhalde; hier häufen sich Handwerkerberufe, auch hier wird viel Zeitung gelesen. Unterschiede gibt es im Einkaufsverhalten: die Anwohner sind, auch bei größeren Objekten, vorwiegend auf Stühlingen als Einkaufsort ausgerichtet. Häufige Kritik an fehlenden Gemeindeeinrichtungen deutet darauf hin, daß die Menschen hier dem Gemeindeleben wesentlich mehr Teilnahme entgegenbringen. Die Befrager haben hier die freundlichsten Stühlinger angetroffen.

3. Das Unterdorf vom Zoll bis zum Postamt

Hier trifft man den höchsten Anteil an gewerblichen Anwesen (über 60 Prozent). Man kann diesen Bezirk als Geschäfts- und Einkaufszentrum des Ortes bezeichnen. Beruf und Arbeitsplatz deuten ebenfalls auf die Struktur dieses Ortsteils hin. Beim Zeitungsleseverhalten trifft man eine größere Streuung als in der Sommerhalde oder Rappenhalde an, die Motivation zum Zeitunglesen dürfte hier vorwiegend im Anzeigenteil der Zeitungen begründet sein.

4. Die Oberstadt

Ist die Sommerhalde heute die beste Wohngegend von Stühlingen, so ist die Oberstadt das andere Extrem, obwohl sich hier Rathaus,

Krankenhaus und Kloster befinden und sie einstmals das Zentrum Stühlingens darstellte. Hier befindet sich der größte Anteil umfunktionalierter landwirtschaftlicher Anwesen, hier wird relativ am wenigsten Zeitung gelesen, ausgeübte Berufe und gefahrene Wagentypen deuten auf schlechtere finanzielle Verhältnisse hin. Die Pendler benutzen öffentliche Verkehrsmittel zur Fahrt zum Arbeitsplatz, das Einkaufsverhalten ist wenig differenziert. Nebeneinkünfte durch Zimmervermietung sind notwendig.

5. Die Hauptstraße vom Postamt bis zum Cafe Pflanzl

tendiert in ihrer Struktur eher zur Oberstadt als zum Unterdorf, obwohl auch hier fast 50 Prozent der Gebäude gewerblich genutzt werden. Fast alle Erwerbstätigen hier arbeiten in Stühlingen, ein Großteil war früher in der Landwirtschaft tätig. Ähnlich wie die Bewohner der Rappenhalde sind die Bewohner im wesentlichen auf Stühlingen als Einkaufsort zentriert; Nebenverdienst durch Zimmervermietung spielt eine wichtige Rolle. Von allen Stühlingern zeigten sich die Bewohner dieses Bezirks der Befragung gegenüber am wenigsten aufgeschlossen.

IV. Lernziele

a) instrumental

1. Auswertung von Fragebögen, Erstellung von Statistiken
2. Kartographische Darstellung einfacher Sachverhalte (z. B. Pendler, Einkaufsorte, Ortsplan)

b) kognitiv

1. Einsicht, daß es innerhalb einer Dorfgemeinschaft bestimmte soziale Gruppen gibt, die sich in wesentlichen Merkmalen voneinander unterscheiden
2. Einsicht, daß diese Gruppen in bestimmter Weise räumlich angeordnet sind
3. Einsicht in strukturelle Veränderungen ländlicher Gemeinden im Sinne einer zunehmenden Abkehr von der Landwirtschaft
4. Einsicht in den begrenzten Repräsentationswert von Befragungen und die Gründe für die Fehlerquote

c) affektiv

1. Erziehung zur Kontaktaufnahme durch höfliches Auftreten und eine angemessene Sprache
2. Verstehenlernen, daß die Aufgeschlossenheit von Erwachsenen Fremden gegenüber einer großen Streuung unterliegt.

Kl. Geiger

Durchführung von Projekten im Bereich der darstellenden Kunst für Hauptschüler

1. Die Situation der Hauptschüler

Aus den Hauptschulen aller Bundesländer wird über leistungsschwache, labile, verhaltensauffällige und schulumüde Schüler berichtet. Die Zahl der Hauptschüler ohne Abschluß nimmt zu. Es handelt sich in erster Linie um Schüler aus sozial benachteiligten Familien. Doch trägt auch die gegenwärtige Organisationsform der Schule dazu bei, daß dem Hauptschüler wichtige emotionale, affektive und soziale Verhaltensweisen vorenthalten werden.

Es müssen Maßnahmen gesucht werden, um diese Benachteiligung zu beheben. Über inhaltliche und organisatorische Lehrplanänderungen hinaus geht es darum, den eingeengten Erlebnisbereich des Hauptschülers zu aktivieren, seine vernachlässigten Gemütskräfte und sozialen Verhaltensweisen zu entwickeln. Dazu bieten insbesondere die künstlerischen Fachbereiche und der Sport günstige Möglichkeiten. Die Angebote der Schule reichen nicht aus, darum müssen außerschulische Lernorte hinzu erschlossen werden. Hierzu gehören z. B. Projekte aus dem Bereich der darstellenden Kunst im Rahmen von außerunterrichtlichen Neigungskursen, Schullandheimaufenthalten, zusätzlichen Freizeitprogrammen.

2. Die Intensionen der Projekte

Einseitige, abstrakt kognitive Lernanforderungen sollen durch soziale und emotionale handlungsgebundene Lernprozesse erweitert werden. Ein vergnügliches und angstfreies Lernen soll erreicht werden. Die Selbst- und Fremdwahrnehmung sollen verbessert werden. Die soziale Interaktion soll durch darstellendes Spiel gefördert werden: Stegreif- und Rollenspiele knüpfen an die Erfahrungszusammenhänge und die Lebenssituationen der Schüler an und bilden so den Gegenstand sozialer Lernprozesse. Erlebte Vorgänge und Verhaltensweisen werden nachvollzogen bzw. zukünftige Vorgänge und Verhaltensanforderungen eingeübt und bewußt gemacht.

Das Repertoire an Verhaltensweisen wird erweitert und gruppendynamische Lernprozesse werden initiiert und aufgearbeitet. Stegreif- und Rollenspiele sind gute Vorübungen für Theaterspiele nach selbst-erarbeiteten oder vorgegebenen Texten.

3. Voraussetzungen zur Durchführung der Projekte

Die Bereitschaft des Lehrers muß vorhanden sein (unter Umständen Spielleiteraus- und Fortbildung durch Lehrerfortbildungskurse).

Der eventuelle Einsatz von Künstlern muß in pädagogischer, juristischer und finanzieller Hinsicht geklärt werden. Die Aufgabenverteilung zwischen Lehrer und Künstler (auch der Abbau von Voreingenommenheiten) kann durch Vorbereitungsseminare erfolgen. Technische Voraussetzungen müssen geschaffen werden. Die Hauptschüler müssen zur Teilnahme motiviert werden.

4. Durchführungsmodelle

Innerhalb der Unterrichtszeit:

1. als Wahlfach innerhalb der ästhetischen Erziehung
2. als Projektwoche in der Schule unter Zurückstellung des normalen Stundenplanes.

In außerunterrichtlichen Arbeitsgemeinschaften, Neigungskursen:

Die Schule stellt Spielleiter, Räume und Mittel zur Verfügung. Die Kurse gelten als Freizeitangebote für die Hauptschüler.

In Schullandheimen:

Die Projektwochen finden während der Schulzeit in Schullandheimen statt (Unter Umständen Vorbereitung, Nachbereitung und Transfer in der Schule).

5. Vorteile der Durchführung in Schullandheimen

Durch den Freiraum im Schullandheim besteht Unabhängigkeit von der Zeit- und Lehrplanorganisation der Schule.

Eine Konfrontation mit der Sache über einen längeren Zeitraum ist möglich.

Anregungen und Bedürfnisse der Schüler können stärker berücksichtigt werden.

Erlebnisse und Konflikte können unmittelbar aufgenommen und aufgearbeitet werden.

Aktivitäten und Eigeninitiativen der Schüler kommen durch die situativen Anlässe des Schullandheimaufenthaltes besser zum Tragen.

Der mittelbare, mehrtägige Kontakt zwischen dem Lehrer, Künstler und den Schülern löst Emotionen und Verhaltensweisen aus, die direkt ausgesprochen und verarbeitet werden können.

Ein soziales Engagement jedes einzelnen ist unumgänglich.

Vernünftige Formen der Bewältigung von Konflikten können gesucht und gefunden werden.

Übungs- und Reflexionsphasen können ungestört stattfinden.

Eventuelle beim Schüler bestehende negative Einflüsse durch die Schulhausatmosphäre werden durch die veränderte Situation im Schullandheim aufgehoben.

6. Kosten

1. Personell: Lehraufträge für Lehrer und Künstler bei Seminar- und Schullandheimaufenthalten. -- Aufenthalts- und Reisekosten für Lehrer, Künstler und Schüler.
2. Sachlich: Arbeitsmittel, Requisiten, technische Einrichtungen, audio-visuelle Medien.
3. Investitionen: Ergänzung vorhandener Bühnenanlagen in Schulen und Schullandheimen bzw. Neuausstattung.

7. Zur Problematik

Über die angeführten Vorschläge hinaus muß der Stellenwert der ästhetischen Bildung im Lehrplan der Hauptschule gründlich überdacht werden. Die ästhetische Bildung muß als Lernziel in festen Fachbereichen integriert werden. Wiederholte Reflexions- und Übungsphasen sind erforderlich. Kurzzeitprogramme ohne langfristige Aufarbeitung sind wenig effektiv.

Haben Sie vorgemerkt?
Tagung Weißenstadt
24./25. September 1976



Bestellung des Handbuches „Pädagogik im Schullandheim“

Anschrift

.....

()

.....

.....

Für das Heim / Für die Schule

.....

An den

Verband Deutscher Schullandheime e. V.

z. Hd. Herrn Uwe Lendt

Am Marienkirchhof 6

239 Flensburg

Betr.: Bestellung des Handbuches „Pädagogik im Schullandheim“,
herausgegeben vom Verband Deutscher Schullandheime e. V.

Wir bestellen hiermit Exemplare des Handbuches.

Der Preis beträgt pro Exemplar im Buchhandel etwa 20,— DM.
Wir können einen Vorzugspreis von 10,— DM pro Exemplar plus
Portokosten 1,— DM anbieten. Bei einer Bestellung von mehr als
5 Exemplaren 10 Prozent Mengenrabatt. Die Portokosten trägt der
Besteller mit 1,— DM pro Exemplar.

Den Betrag in Höhe von DM haben wir überwiesen
auf das Konto 1315/120 939 Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50).

....., den

.....

Unterschrift

Aus der Arbeit in den Landesverbänden

Auszug aus dem Protokoll
der Jahreshauptversammlung LV Nordrhein-Westfalen e. V.
vom 24. März 1976

Zu Punkt 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden

Zu Punkt 2 Genehmigung des Protokolls der Jahreshauptversammlung vom 6. 12. 1974

Das Protokoll der Jahreshauptversammlung in Wuppertal-Elberfeld vom 6. 12. 1974 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3 Jahresbericht

Der Vorsitzende, Herr Retzlaff, gibt den Jahresbericht 1975

3.1 Im abgelaufenen Geschäftsjahr fanden 3 Vorstandssitzungen statt.

Der Vorstand befaßte sich auf seinen Sitzungen insbesondere

- a) mit evtl. durchzuführenden Fortbildungsmaßnahmen durch den DPWV, die die Wirtschaftsführung eines Schullandheimes betreffen.
- b) mit dem Wandererlaß vom 18. 7. 1974. Nach den damaligen Bestimmungen war der Aufenthalt im Schullandheim **in der Regel vom 5. Schuljahr an möglich**. Das bedeutete, daß in der Vergangenheit vielfach 2., 3. und 4. Grundschulklassen zu Schullandheimaufenthalten fuhren. Die neue Bestimmung besagte, daß Schullandheimaufenthalte **vom 4. Schuljahr an durchgeführt werden**. Somit war es nicht mehr möglich, bereits 2. und 3. Grundschulklassen in Schullandheime zu schicken. Herr Retzlaff dankte an dieser Stelle besonders Herrn Dr. Requardt für seinen Schriftverkehr mit dem Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, der dann schließlich maßgeblich bewirkte, daß zur Jubiläumsveranstaltung des Bundesverbandes in Bonn eine Änderung des Wandererlasses erfolgte.
- c) mit der Reisekostenerstattung für Schullandheimaufenthalte. In dieser Angelegenheit wurde eine Umfrage bei allen Schullandheimträgern gestartet.
- d) Die 50jährige Jubiläumstagung des Verbandes Deutscher Schullandheime fand in der Zeit vom 25. — 27. September 1975 in Bad Godesberg — Bonn und Köln statt. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen war an der Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung maßgebend beteiligt.

- e) Den Regierungspräsidenten wurden sämtliche Namen der Vorstandsmitglieder und der Leiter der regionalen Arbeitsgemeinschaften bekanntgegeben.
- f) Bei der in der Zeit vom 5. — 7. November 1976 im Schullandheim Bosse in Oerlinghausen stattfindenden Vorstandssitzung soll eine Selbstdarstellung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen erarbeitet werden.
- g) Kassenführer, Herr Haase, händigte allen Anwesenden eine Statistik über Mitgliedschaft und Beitragsaufkommen 1975 im Landesverband Nordrhein-Westfalen aus und erläuterte diese.

Zu Punkt 8 und Punkt 9

Berichte des Kassenführers und der Kassenprüfer — Entlastung des Vorstandes.

Zu TOP 8

Kassenführer, Herr Haase, händigte allen Anwesenden den Kassenbericht aus und erläuterte die Einnahmen- und Ausgabenpositionen. Die Kasse wurde geprüft. Beanstandungen wurden nicht erhoben.

Zu TOP 9

Dem Vorstand wird ohne Gegenstimmen bei Stimmenthaltungen der Vorstandsmitglieder Entlastung erteilt.

Zu Punkt 4 Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen

In der am 5. März 1975 stattgefundenen Vorstandssitzung wurde angeregt, Fortbildungsmaßnahmen und Informationsveranstaltungen, die die Wirtschaftsführung von Schullandheimen betreffen, stattfinden zu lassen.

Ziel dieser Veranstaltungen sollte sein:

- a) Erstellen einheitlicher Selbstkostenblätter für Schullandheime
 - b) Führen der Buchungsunterlagen nach einheitlichem Kontenrahmen
- An den Veranstaltungen sollten Kassierer und Vorstandsmitglieder von Schullandheimträgern teilnehmen. Herr Püschel — Geschäftsführer des DPWV — erklärt sich bereit, im November 1976 in Zusammenarbeit mit dem Landesverband ein Selbstkostenblatt speziell für Schullandheime zu erstellen.

Nach eingehender Diskussion beschließt die Jahreshauptversammlung mehrheitlich, daß in 1977 vorstehend genannte Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen.

Zu Punkt 5 3. Schuljahr im Schullandheim

Mit Schreiben vom 19. September 1975 teilte der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen mit:

Betr.: Richtlinien für Schulwanderungen und Schulfahrten (WRL);
hier: Schullandheimaufenthalt für Klasse 3 der Grundschule

Bezug: Rd Erl. KM vom 18. 7. 1974

Laut Bezugserlaß können Schullandheimaufenthalte von Klasse 4 an durchgeführt werden (Abs. 6.2 WRL). Ich bin damit einverstanden, daß **in Einzelfällen, versuchsweise**, für die Klasse 3 der Grundschule unter folgenden Voraussetzungen von Abs. 6.2 (WRL) abgewichen werden kann:

1. Es muß sich um einen besonders begründeten und umfassend vorbereiteten Schullandheimaufenthalt handeln.
2. Die Veranstaltung muß im Rahmen der Haushaltsmittel, die der Schule zur Verfügung stehen, durchführbar sein.
3. Der oberen Schulaufsichtsbehörde ist nach Abschluß des Schullandheimaufenthalts ein ausführlicher Erfahrungsbericht vorzulegen.

Für die Genehmigung dieser Schullandheimaufenthalte ist der Regierungspräsident zuständig (Abweichung von Abs. 3.21 WRL).

Diese Regelung gilt bis zum Ablauf des Schuljahres 1976/77. Zum 30. 11. 1977 ist mir ein zusammengefaßter Erfahrungsbericht (mit Zahlenangaben) vorzulegen.

Zu Punkt 6 Reisekosten

In dieser Angelegenheit wurde mit Hilfe eines Vordruckes eine Umfrage bei **allen** Schullandheimträgern gestartet. Nach Eingang der noch ausstehenden Antworten erfolgt eine Information.

Sollten jedoch zwischenzeitlich Schwierigkeiten bei den Reisekosten und Zuschüssen für Schullandheimaufenthalte auftreten, ist der Vorsitzende umgehend zu informieren. Die Diskussion ergab, daß für 1976 mit Schwierigkeiten zu rechnen ist.

Zu Punkt 7 Zuschüsse zu Baumaßnahmen

Herr Retzlaff gab die Zahlen bekannt, die im KM an Baumaßnahmen für Schülerwohnheime — Schullandheime für das Jahr 1976 eingeplant sind.

Zu Punkt 10 Verschiedenes

a) Satzungsänderung

Ziffer 5.4.2 der Satzung wird einstimmig wie folgt geändert:

Er (der Vorstand) wird alle drei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt.

b) Zinsloses Darlehn

Der Geschäftsführer des DPWV, Herr Püschel, teilt mit, daß der DPWV für Baumaßnahmen zinslose Darlehn mit einer Laufzeit von 10 bis 15 Jahren bei 0,5 Prozent Verwaltungskosten gewährt. In **besonderen** Fällen werden auch Zuschüsse gezahlt.

Der Erhalt vorstehend genannter Mittel setzt jedoch die **Mitgliedschaft** eines Schullandheimträgers im **DPWV** voraus.

gez. Retzlaff
— Vorsitzender —

gez. Stöfken
— Schriftführer —

Betriebserfahrungen:

Auswertung in Hamburger Schullandheimen

Modellversuch für das Fach Arbeitslehre — Umfassende Informationen

Das in den Hamburger Volks- und Realschulen noch einigermaßen neue Fach Arbeitslehre kann durch Seminarwochen in den Hamburger Schulheimen wesentlich intensiver gestaltet werden als bisher. Zu dieser Schlußfolgerung berechtigten entsprechende Versuche, die die Schule Veermoor in Lurup jetzt bereits zum zweiten Mal mit ihren achten Klassen unternommen hat. Die Schüler gingen nach ihrem dreiwöchigem Betriebspraktikum jeweils für zehn Tage in das Schullandheim Lankau bei Mölln.

Die Schwierigkeiten der Hauptschüler, eine geeignete Ausbildungsstelle zu finden, sind hinreichend bekannt. Die Schule kann hier nicht direkt helfen, sie kann aber versuchen, den Schülern wenigstens einen Einblick in die Arbeitswelt zu vermitteln. Deshalb veranstalten sehr viele Hamburger Schulen dreiwöchige Betriebspraktika, meist in den neunten, teilweise aber auch schon in den achten Hauptschulklassen. Grundlage hierfür sind die „Richtlinien für die Durchführung von Betriebspraktika“ des Amtes für Schule.

Die Auswertung dieser Praktika erfolgte bisher nur unvollkommen in mehreren mehr oder weniger großen Zeitabschnitten. Nach der Rückkehr aus dem Betriebspraktikum mußten die Schüler nämlich sofort wieder in den Stundenplan der Schule mit Fachlehrer-, Differenzierungs- und Förderunterricht einsteigen. Deshalb hat die Schule Veer- moor nach Absprache mit der Schulbehörde einen neuen Weg be- schritten. Auch andere Hamburger Schulen sind dabei, auf diesem Gebiet neue Erfahrungen zu sammeln.

Die 60 Schüler der achten Hauptschulklasse verarbeiteten die Ein- drücke aus ihren Betriebspraktika ausgiebig während eines seminar- artigen Aufenthaltes in dem Schullandheim der Luruper Schulen. Au- ßerdem wurde dort all das besprochen, was sonst an Fragen und Problemen in den Betrieben auf die Schüler zukommt. Man blieb vor allem nicht bei der internen Auswertung der „Betriebserkundungs- bögen“ stehen.

Vielmehr hatte man Referenten eingeladen, die den Schülern ganz- tägig, auch in Arbeits- und Gesprächsgruppen, Rede und Antwort standen. So kamen etwa vom Arbeitsamt Berufsberater. Eine Pflicht- versicherung, die Landesversicherungsanstalt und eine Ersatzkasse schickten Referenten, die über Versicherungsfragen informierten. Aus- bildungsfragen wurden besprochen mit Ausbildungsleitern Hambur- ger Großbetriebe, mit Vertretern des Hamburger Instituts für Sozial- und Bildungsforschung und mit Repräsentanten der Handwerkskam- mer Hamburg und der Gewerkschaften.

Zur weiteren Information standen den Schülern die Blätter zur Be- rufskunde der Bundesanstalt für Arbeit, die Broschüren „Beruf aktu- ell“, Filme und anderes mehr zur Verfügung. Auch die Schulbehörde ist der Auffassung, daß diese Form der Auswertung von Betriebs- praktika mehr bringt, als das an den Hamburger Schulen sonst Übliche. Der erste Versuch dieser Art im vergangenen Jahr hat — so Schulleiter Hans-Dietrich Erdmann — gezeigt, daß die Schüler von solchen Seminaren außerordentlich profitieren. Sie traten etwa im vertiefenden Betriebspraktikum im neunten Schuljahr viel sicherer, selbstbewußter und wissender in den Betrieben auf. Sie hatten also deutliche Vorteile gegenüber den Schülern aus anderen Schulen. Etlichen von ihnen wurde von den Betrieben dann auch gleich ein Ausbildungsplatz in Aussicht gestellt. Einige solcher Ausbildungs- verträge sind bereits unterschrieben.

Die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Schulheime e. V. verfügt über insgesamt 41 Landschulheime und vier Hamburger Freiluftschulen. Der Andrang auf diese Heime zwischen der Insel Sylt im Norden und dem Harz im Süden ist vor allem im Sommerhalbjahr groß. Sie könnten deshalb Seminar-Gruppen besonders gut im Winterhalbjahr aufnehmen. Interessenten können die Arbeitsgemeinschaft Hambur-

ger Schulheime e. V. unter der Rufnummer 45 16 41 erreichen. Informationen über Landschulheim-Seminare enthält auch das Handbuch „Pädagogik im Schullandheim“, das jetzt an alle Hamburger Schulen verteilt wurde.

Hans-Jürgen Schild

aus: „Harburger Anzeigen und Nachrichten“, vom 15. 3. 1976

Klassenreisen = Schulfahrten

In neu herausgegebenen Bestimmungen hat die Schulbehörde die pädagogische Bedeutung der Klassenreisen besonders betont. Diese „Grundsatzerklärung“ ist insofern beachtenswert, als ja im Zeitalter des Massentourismus jede Fahrt über eine längere Distanz völlig andere Aspekte aufwirft als noch vor zehn oder gar 20 Jahren. Daß trotz dieser Entwicklung der gemeinschaftsfördernde Faktor einer Klassenreise in den Bestimmungen herausgestrichen wird, verdient alle Anerkennung.

Gemeinschaftsfördernd — das ist natürlich ein „uralter“ Begriff, und so drücken sich die neuen Bestimmungen auch erheblich moderner aus: Die Klassenreisen „eröffnen neue Möglichkeiten, im täglichen Zusammenleben der Gruppe soziale Erfahrungen zu machen, sich aufeinander einzustellen und zwischenmenschliche Beziehungen intensiver zu pflegen, als es im Schulalltag gewöhnlich geschieht“.

Den Begriff „Klassenreise“ allerdings sollten wir ohnehin streichen. Schon die alten Bestimmungen sprachen von Klassenfahrt, wobei eben der Begriff „Fahrt“ die Abhebung vom bloßen „Reisen“ deutlich machen sollte. Wenn jetzt statt Klassenfahrt **Schulfahrt** gesagt wird, so soll damit ausgedrückt werden, was in Punkt 1 der Bestimmungen steht: „Schulfahrten sind schulische Veranstaltungen. Sie sind ein unentbehrlicher Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit der Schule.“

Allgemeine Bestimmungen

In den allgemeinen Bestimmungen wird der Gesamtrahmen, innerhalb dessen Schulfahrten in welcher Weise durchgeführt werden sollen, sehr klar abgesteckt:

Schulfahrten haben in allen Schulformen und Klassenstufen ihre unterschiedliche Bedeutung. Nach Art und Dauer sind sie dem Alter der Schüler anzupassen.

So können Schulfahrten als Wanderung, als Heimaufenthalt, Zeltlager, Studienfahrt oder als „Veranstaltungen mit besonderem Schwerpunkt“ (z. B. Skikurse, Wanderrudern und dgl.) durchgeführt werden.

Wegen der erzieherischen und unterrichtlichen Möglichkeiten sind Aufenthalte von Schulklassen und Schülergruppen in Schullandheimen und gleichermaßen geeigneten Jugendherbergen von besonderer Bedeutung.

Bereits in der Grundschule können halbtägige Lehr- und Erkundungsspaziergänge und regelmäßige Wandertage durch *mehrtägige* Unternehmungen ergänzt und erweitert werden. Die Bestimmungen empfehlen für die Grundschule insbesondere einwöchige Tagesaufenthalte in Freiluftschulen. Überhaupt sollte in der Grundschule eine feste Unterkunft ohne Ortswechsel vorgesehen werden.

Unter „Zielsetzungen“ heben die Bestimmungen hervor, daß Schulfahrten den Jugendlichen aus dem Schulalltag und aus der Großstadt in eine natürlichere und freiere Umwelt hinausführen und daß sie damit einen spezifischen Beitrag zur Gesundheitserziehung und zur Gesundheitsförderung leisten.

Besonders aber können sie dem Jugendlichen Erfahrungen vermitteln, die er für die Planung und die Gestaltung seiner Freizeit im Urlaub und auf Reisen verwerten kann.

Voraussetzungen

Schulfahrten sind nur dann zu vertreten — so heißt es — wenn sie in einem sinnvollen pädagogischen Zusammenhang mit den Aufgaben der Schule stehen. Sie müssen gründlich vorbereitet und ausgewertet werden.

Es muß sichergestellt sein, daß die Schulfahrt nicht im Stil des modernen Massentourismus, sondern in pädagogisch angemessener Weise durchgeführt wird.

Auch die erzieherischen Ansprüche und die Sicherheitsansprüche der Eltern müssen berücksichtigt werden. Daher ist vorgeschrieben:

- Der Genußmittelkonsum (Alkohol, Zigaretten) muß kontrolliert werden
- Erkundungsaufträge müssen vom Lehrer kontrollierbar sein
- die Unfallverhütungsvorschriften müssen streng beachtet werden

■ eine Mindestausstattung an Erste-Hilfe-Ausrüstung ist mitzuführen.

Die Vorbereitung erfordert vom Lehrer größte Sorgfalt. Er soll sich, wenn nötig, der Hilfe von Fachverbänden (Jugendherbergswerk, Verband Deutscher Schullandheime) oder des Referats Schulfürsorge oder der Beratungsstelle für Schulsport im Amt für Schule bedienen.

Genehmigungsverfahren

Schulfahrten bis zu drei Tagen Dauer kann der Schulleiter genehmigen. Bei längeren Unternehmungen ist die Genehmigung des Schulfürsorgeamtes erforderlich. Mit der Genehmigung ist die Schulfahrt als schulische Veranstaltung anerkannt, wodurch gleichzeitig der Unfallversicherungsschutz durch die Freie und Hansestadt Hamburg gegeben ist.

Damit die Kosten für die Fahrt in vertretbaren Grenzen bleiben, ist darauf zu achten, daß die Höhe der Fahrtkosten und die Entfernung von Hamburg in einem sinnvollen Verhältnis zur Dauer der Schulfahrt stehen. Außerdem hat das Amt für Schule Höchstsätze bestimmt (siehe unten), die nicht überschritten werden dürfen.

Es soll kein Schüler aus finanziellen Gründen zurückbleiben! Dazu gibt das Amt für Schule Zuschüsse an bedürftige Schüler bei Inlandfahrten.

Außerdem soll von der Möglichkeit des Schulsparens Gebrauch gemacht werden. Die Schulvereine werden ausdrücklich ersucht, Schulfahrten (auch finanziell) zu fördern. Lehrer, die eine Schulfahrt verantwortlich leiten, sind verpflichtet, auf die Einhaltung der Bestimmungen des „Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit“ zu achten. Sie haben während der Schulfahrt Erziehungsgewalt über ihre Schüler.

Vor Stellung des Genehmigungsantrages muß der Klassenlehrer das schriftliche Einverständnis der Eltern zur Teilnahme ihres Kindes und zur Übernahme der Kosten einholen. Ebenfalls schriftlich muß die Zustimmung der Eltern vorliegen für Radfahren, Skilaufen, Bergwandern, Baden und Bootfahren.

Besondere Bestimmungen

Schulfahrten nach Berlin und an die Grenze zur DDR werden besonders gefördert. Besondere Zuschüsse sind möglich. Hieran beteiligt sich auch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen.

Auslandsfahrten sind in der Regel erst ab Klasse 9 vorzusehen. Schüleraustausch und Schülerbegegnung müssen dabei eine besondere Rolle spielen. Auslandsfahrten sollen mindestens sieben, höchstens

21 Tage dauern. Dabei ist ganz besonders auf die finanzielle Leistungskraft der Eltern Rücksicht zu nehmen.

Höchstsätze

Ab sofort gelten folgende Beträge als Höchstsätze, die nicht überschritten werden dürfen:

bis einschließlich 5. Schuljahr	160,— DM
ab 6. Schuljahr	240,— DM
Studienfahrten ab Klasse 10	290,— DM

Werden in zwei aufeinanderfolgenden Jahren Schulfahrten durchgeführt, so dürfen die Gesamtkosten für beide Fahrten betragen:

bis einschließlich 5. Schuljahr	240,— DM
ab 6. Schuljahr	320,— DM
Studienfahrten ab Klasse 10	370,— DM

Für Auslandsfahrten gelten folgende Höchstsätze:

Dänemark, Niederlande	wie Inland
Belgien, Luxemburg	330,— DM
Tschechoslowakei	330,— DM
Schweiz, Österreich	360,— DM
Frankreich	380,— DM
Großbritannien	380,— DM

aus: „Hamburger Elternblatt“, 1/76

Pressemitteilungen und Städtenotizen

Pressedienst

der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege
teilt mit

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege weist anhand der endgültigen Fassung ihrer Rechnungsergebnisse für das Jahr 1975 nach, daß wieder erhebliche Leistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung im Rahmen einer sparsamen Haushaltspolitik erbracht wurden. Neun Abteilungen (Berufsgruppen) waren und sind zu berücksichtigen. Das Geschäftsjahr 1975, das 45. volle Geschäftsjahr der BGW seit ihrer Gründung im Jahre 1929, verlief, das läßt sich aus den Umlageaussagen ersehen, sowohl im Mitgliederbereich als auch im Geschäftsbereich der BG zufriedenstellend. Sowohl die Zahl der Betriebe als auch die darin versicherten Beschäftigten haben zugenommen. Die BGW erreicht ohne ehrenamtliche, aber unter Heranziehung der freiwillig Versicherten jetzt 1,2 Mio. Vollbeschäftigte (1974: 1,14 Mio.). Die Beitragsplattform hat sich mithin wesentlich verbessert; aber auch die Gehalts- und Lohnsummen und nachgewiesenen Unternehmerentgelte sind gestiegen. Im Jahre 1974 wurden 17,8 Milliarden Löhne und Gehälter und Unternehmerentgelte nachgewiesen, 1975 20 Milliarden DM, wobei hier die gleichen Beitragshöchstgrenzen zugrunde liegen.

Die Finanzübersicht schließt mit einem Bruttoumlagesoll der gesamten Berufsgenossenschaft von rund 135 Mio. DM. Das Umlagesoll liegt damit um rund 18 Mio. DM über dem des Vorjahres (117 Mio. DM). Davon sind 10,6 Mio. DM Fremdlasten, nämlich Konkursausfallgeld und 5 Mio. DM berufsgenossenschaftliche Gemeinlast. Es verbleiben als bg-eigene Last 120 Mio. DM. Im Vorjahr waren dagegen 109 Mio. DM von der BGW für sich selbst aufzubringen. Die Steigerung beträgt rund 10 v. H.

In der Abteilung 1 ist die Zahl der Mitglieder gewachsen. Hier dokumentieren sich fortschreitende und erfolgreiche Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände. Auch die bestehenden Einrichtungen haben ihre Wirtschaftstätigkeit ausgeweitet, denn in Abteilung 1 ist die Zahl der Vollarbeiter um etwa 8 Prozent gewachsen. Die Freie Wohlfahrtspflege insgesamt betrachtet, stellt für das Wirtschaftsleben und für das öffentliche Leben absolut und relativ gesehen, einen hervorragenden Faktor dar. Es ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt, wel-

che wirtschaftlichen Größenordnungen in den Verantwortungsbereich der Wohlfahrtsverbände fallen.

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband hatte im Bereich der Abteilung 1 aufzubringen: Entschädigungen 4,7 Mio. DM, für Arbeitsunfälle 3,5 Mio. DM, für Berufskrankheiten 1,2 Mio. DM, Unfallverhütung und Erste Hilfe 160 000 DM. Im Jahre 1975 waren gemeldet: 3 264 Mitglieder mit 71 000 Versicherten. Versicherungsfälle 6 020. Der Beitrag für das Jahr 1975 beträgt für Berufs- und Fachschüler, Seminaristen, Novizinnen, Postulantinnen, Kandidatinnen, Pflegevorschülerinnen und mitarbeitende Betreute 7,— DM; für Mitarbeiter in der Fürsorge und Erziehung (z. B. Kindergärtnerinnen, Hauspflegerinnen), blinde Arbeitskräfte 21,— DM; für Verwaltungs- und Wirtschaftspersonal, Haus- und Küchenpersonal, Berufsumschüler, Handwerker, Reinigungspersonal, land- und forstwirtschaftliche Arbeitskräfte 133,— DM; für Heil- und Pflegepersonal, Apotheker, Zahnärzte usw. 175 DM; für Ärzte, Assistenzärzte, Volontärärzte, Medizinalassistenten usw. 413,— DM. Damit tritt eine Beitragsänderung gegenüber dem Vorjahr ein. Daß der Anstieg der Beiträge in erträglichen Grenzen gehalten werden konnte, ist eine unmittelbare Auswirkung, vor allem der Zunahme der Vollbeschäftigten. Damit verlief das Geschäftsjahr 1975 der BGW ganz im Sinne ihrer 192 000 Mitglieder.

Bemerkenswert ist noch, daß die im Vorjahr einheitliche Beitragsgruppe 1 jetzt in 1 a (Berufs- und Fachschüler etc.) und 1 b (Mitarbeiter in der Fürsorge etc.) untergliedert wurde.

Bonn

Doppelt so teuer wie bisher wird der Aufenthalt von Kindern in den beiden Schullandheimen der Bundeshauptstadt, wenn der Schulausschuß in seiner nächsten Sitzung am 18. Februar einer entsprechenden Empfehlung der Stadtverwaltung folgt. Nachdem der Unkostenbeitrag pro Tag und Kind in Kommern und Niederlützingen seit 1971 unverändert vier Mark betrug, soll er künftig auf acht Mark erhöht werden. Die Stadtverwaltung weist in diesem Zusammenhang auch auf die entsprechenden Beiträge in anderen Städten hin, wonach Bonn auch bei der vorgeschlagenen Erhöhung immer noch einen mittleren Wert einnimmt. Auch nach der Erhöhung des Tagessatzes auf acht Mark bliebe der Stadt ein Defizit von 6,40 Mark. Da nach Ansicht der Stadt aber auch in diesem Jahr wieder mit einer Kostensteigerung zu rechnen ist, ergäbe sich trotz der geplanten Verdoppelung des Unkostenbeitrags ein Defizit von 7,27 Mark.

Ein Änderungsantrag der FDP zur Haushaltssatzung für 1976: Die städtischen Schullandheime Kommern und Niederlützingen sollten verkauft werden! Stattdessen sollen die Schullandheimaufenthalte in Jugendherbergen verstärkt gefördert werden.

„General-Anzeiger“, Bonn, 16. 2. 76 und 23. 3. 76

Brackwede-Hillentrup

Ausgebucht war im vergangenen Jahr das Schullandheim Hillentrup der ehemaligen Stadt Brackwede, das jetzt von der Bezirksverwaltung weiter bewirtschaftet wird. Insgesamt 1 261 Personen verbrachten in dem herrlich gelegenen Fachwerkbau ein- oder zweiwöchige Ferien. 1974 waren es nur 1 126 Personen. Die Bezirksverwaltung ist bemüht, das Heim optimal zu belegen.

Überaus erfolgreich ist der Versuch verlaufen, in dem Hillentruper Schullandheim auch Kindergärtengruppen unterzubringen. Im vorletzten Jahr verbrachte zunächst ein Kindergarten probeweise eine Woche in Hillentrup. 1975 waren es zwei Kindergärten und für dieses Jahr liegen der Bezirksverwaltung schon die Voranmeldungen von fünf Kindergärten vor. Der acht tägige Aufenthalt stößt auf helle Begeisterung.

Vorwiegend waren es 1975 Klassen der Brackweder Haupt- und Grundschulen, die in Hillentrup eine zweiwöchige Freizeit verlebten. Aber auch Gastklassen, darunter Schülern aus dem Berliner Bezirk Reinickendorf steht das Heim offen. Der Übernachtungssatz — einer der niedrigsten in der Bundesrepublik — beträgt 7 DM pro Person und Tag. 1975 wurden allein 38 000 DM für Verpflegung ausgegeben. Der Zuschußbedarf des Heimes betrug rund 40 000 DM.

„Westfalenblatt“, Bielefeld, 2. 1. 76

Dortmund

Für den Aufenthalt in städtischen Schullandheimen gehen erheblich mehr Anfragen ein als Schulklassen untergebracht werden können. Dies wurde auf einer Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses auf die Anfrage der CDU-Ratsfraktion mitgeteilt, die nur von einer teilweisen Auslastung wissen wollte. Im vergangenen Jahr war das Schullandheim in Meschede zu 102,7 Prozent ausgelastet. Für dieses Jahr liegen Anfragen aus 79 Schulen mit 6 090 Kindern vor. Nur 31 Klassen mit 3 132 Kindern sind unterzubringen. Die Wirtschaftlichkeit der Schullandheime wird bis zu den großen Ferien vom Rechnungsprüfungsamt überprüft. Schon gestern wurde jedoch mitgeteilt, daß die neuen Gebührensätze der Stadt den Sätzen privatrechtlicher Einrichtungen dieser Art entsprechen.

„Westfälische Rundschau“, Dortmund, 10. 3. 76

Düsseldorf

SCHULLANDHEIM-HUMBOLDT-GYMNASIUM-DÜSSELDORF-e. V.

Schullandheim HAUS PEMPELFORT Waldbröl

Der geschäftsführende Vorstand besteht aus den Herren Dipl.-Bauing. W. LAUBER, Dipl.-Kfm. K. VIETEN und Oberstudiendirektor Dr. M. DRILLISCH.

Dr. H. W. ERDBRÜGGER scheidet nach Erreichen der Altersgrenze aus. An der Gründung, dem Ausbau und der Sinnggebung von HAUS PEMPELFORT hat er maßgeblichen Anteil. Durch mehr als zwei Jahrzehnte wahrte er durch seine Persönlichkeit die Kontinuität des Hauses. Er kam aus der Schule Wilhelm Blumes, des Gründers der Berliner SCHULFARM AUF DER INSEL SCHARFENBERG, dem er freundschaftlich verbunden war. So brachte er die Erfahrungen von der Schulfarm ein. Wilhelm Blume lieferte die „12 Thesen zur Entwicklung des Landheims HAUS PEMPELFORT“, die seinerzeit von Sahrhage auch in dieser Zeitschrift veröffentlicht wurden. Dr. Erdbrüggers Berliner Verbindungen erklären

auch die besondere Weise der Humboldt-Studienfahrten nach Berlin: regelmäßig im Sommer Humboldt-Klassen auf Scharfenberg, die dann anschließend Gastgeber der Berliner im HAUS PEMPELFORT sind. In ähnlicher Weise wurden auch Verbindungen zu anderen Berliner Schulen, der Hans-Thoma-Oberschule, dem Tegeler Humboldt-Gymnasium und dem Arndt-Gymnasium in Berlin-Dahlem gehalten. — Dr. E. holte Schulen und Schülergruppen aus England und Frankreich nach Waldbröl, er richtete Seminare, besonders für Ostkunde ein, die von Schülern aus verschiedenen Klassen nach Interessenlage begeistert wahrgenommen wurden. Musik und Kabarett, mit öffentlichen Aufführungen in Waldbröl und Düsseldorf, standen häufig auf dem Programm. In Schriften und Festschriften der Schule, sowie bei Klett, sind die Ergebnisse vieler dieser Unternehmen nachgewiesen worden. — Ein wichtiges Instrument des Landheims ist die auf seinem Gelände von Dr. E., beraten durch den Experten Dr. Vehrenberg, errichtete Sternwarte.

Dr. E. ist immer davon ausgegangen, daß das Landheim für die Mutterschule ein „wertvoller Gewinn sei, weil in ihm ein eigentümliches lebendiges Sozialgebilde in Erscheinung tritt, das alle Kräfte der in ihm wirkenden jungen und älteren Menschen herausfordert und zur Wirksamkeit zu bringen vermag“. Das schrieb ihm einmal der Leiter der Schulfarm Scharfenberg.

Dr. Erdbrügger hat selbst einmal geschrieben, wie er Landheimarbeit verstanden wissen will: „Man möge sich vergegenwärtigen, daß das theoretische Verständnis immer hinter den tatsächlichen Leistungen des Schullandheims zurückbleibt. Für das Schullandheim gibt es keine hieb- und stichfeste Theorie. Was man dort braucht, ist ein elementarer Instinkt für das Notwendige und der Mut zum Zupacken!“

Der Träger von HAUS PEMPELFORT hat Dr. Erdbrügger einstimmig zum Ehrenmitglied des Schullandheimvereins gewählt.

(D...)

Eppenbrunn

Zu unserer ausführlichen Information über das Schullandheim Eppenbrunn und seinem einmaligen Versuch, die Berufsschularbeit und die Betriebsausbildung der Lehrlinge durch eine soziale Erziehung im Schullandheim zu ergänzen (vgl. „Das Schullandheim“, Nr. 98) sind in der Presse weitere Berichte erschienen.

Wir entnehmen: „Das Experiment ist geglückt. Dieses Urteil lassen jedenfalls die Ergebnisse des ersten Jahres zu. Das Haus war durchgehend voll belegt. Es hatte rund 11 000 Übernachtungen und erzielte einen Umsatz von 215 000 Mark und dies bei einem Realkostensatz von 19,90 Mark je Aufenthaltstag und trotz einer hohen Miete und der relativ hohen Energiekosten. Die überwiegende Zahl der Gäste waren Berufsschüler aus dem vorderpfälzischen Raum. Daneben diente das Haus jedoch zahlreichen anderen Gruppen aus allen Bereichen des Bundesgebietes, darunter Diabetikern sowie körperlich und geistig behinderten Menschen. Auch für das Jahr 1976 ist das Heim bereits bis einschließlich November voll ausgebucht.

Besondere Ziele für 1976 sind: Das System der Freizeitgestaltung zu verbessern, die Lehrinhalte zu überdenken, Hilfestellung für Eigeninitiativen zu geben und dem Verhältnis Lehrer—Berufsschüler besondere Aufmerksamkeit zu widmen.“

„Südwestdeutsche Zeitung“, „Die Rheinpfalz“, Ludwigshafen, 18. 3. 76

Hamburgs Schullandheim Erlenried besteht bereits seit 50 Jahren

Das Hamburger Schullandheim Erlenried in Großhansdorf i. H. bei Ahrensburg feierte im Juni 1975 sein 50jähriges Bestehen. Es gehört zu den ältesten Schullandheimen in Deutschland und ist untrennbar mit den Namen Dr. Heinrich Sahrhage und Walter F. Schmidt verbunden. Ein kurzer geschichtlicher Rückblick möge zeigen, welche pädagogischen Impulse von Hamburg ausgingen.

Der Einrichtung dieses Schullandheimes war am 10. September 1919 die Gründung des „Vereins Landheime der Seminarschule Wallstraße“ vorhergegangen. Der Verein hatte es sich zur Aufgabe gesetzt, durch klassenweisen Erholungsurlaub in einem eigenen Heim das körperliche und geistige Wohl der Schüler zu fördern. Hatte die Großstadtjugend im und nach dem Ersten Weltkrieg doch stark gelitten. Hatte der Verein seit 1920 zunächst ein Haus am Mönchsteich in Grönwohld betrieben, so kaufte er nach Kündigung des Pachtvertrages im Jahre 1925 das Haus Erlenried in Großhansdorf mit dem dazugehörigen Gelände von 55 000 qm für 56 000 RM. Die Landesversicherungsanstalt gab dazu eine Hypothek von 40 000 RM (heute fast getilgt). Im Jahre 1939 wurde ein zweites Haus gebaut.

Die Arbeitslosigkeit in den folgenden Jahren brachte finanzielle Schwierigkeiten. Obgleich die Elternschaft in selbstloser Weise half, u. a. durch Feste, Verlosungen, Darlehen, drohte der Konkurs. Da schaltete sich 1939 der „Verband Deutscher Schullandheime“ ein. Ihr Erster Vorsitzender Dr. Sahrhage übernahm selbst die Leitung und behielt sie 30 Jahre lang bis zu seinem Tode im Jahre 1969. 1940 kam Walter F. Schmidt hinzu. Das Haus wurde über den Zweiten Weltkrieg gerettet. Nach völliger Renovierung zog 1948 die erste Nachkriegsferiengruppe ein. Man betrieb eine eigene Landwirtschaft und unternahm Ausfahrten mit dem Pferdegespann.

Das Heim wird heute von Grundschulklassen und Feriengruppen besucht. Auch nach Auflösung der Landwirtschaft behielt es den Charakter eines Bauernhofes mit großem Baumbestand, einem Naturteich und ausgedehnten Spielflächen. Die reizvolle Umgebung, z. B. die „Rauhen Berge“ und das Schloß Ahrensburg, regen zu heimatkundlichen Wanderungen an.

„Parität aktuell“, 1/76

Stuttgart

Die Stadt Stuttgart möchte ihr Schullandheim in Bad Rappenau aufgeben. Diese Absicht steht heute im Gemeinderat zur Diskussion. Vorgesehen ist, den Betrieb in Rappenau spätestens zum Jahresende 1976 einzustellen. Die beiden anderen städtischen Schullandheime in Kirchberg/Jagst und in Hallwangen sollen vorerst noch weitergeführt werden. Für die Gebäude in Rappenau — sind zum Teil 125 Jahre alt — müßte die Stadt erhebliche Mittel investieren. Angesichts der stark rückläufigen Benutzung des Heims wird dieser Aufwand jedoch für nicht vertretbar gehalten. Hinzu kommt der Wunsch der Stadtverwaltung Bad Rappenau, das Anwesen mitten im Kurbetrieb anderweitig nutzen zu lassen. Der Gutachterausschuß hat ermittelt, daß der Grundstückswert in Bad Rappenau bei 180 000 DM liegt. Für die Gebäude müßten sich außerdem rund 83 000 DM Erlösen lassen.

„Stuttgarter Zeitung“, 16. 3. 76

Wilhelmshaven

Seit 22 Jahren besteht der Schullandheimverein Voslapp und genau so lange betreibt er das Schullandheim Voslapp in den Schweinebrücker Fuhrenkämpfen, ein Haus, das 1929 von der damaligen Reichsmarinewerft als Lehrlingsheim gebaut worden ist. Jetzt scheint das Heim in seiner Existenz ernsthaft gefährdet. Ohne Schwierigkeiten war es in den vergangenen 22 Jahren nie gegangen. Aber immer wieder hatten sich Eltern und Lehrer in Voslapp zusammengefunden, um dieses beachtliche Gemeinschaftswerk auszubauen, zu halten, zu renovieren. Erst 1972 ist das Haus erneuert worden. Eine ansehnliche neue Küche, Duschbäder, eine Ölheizung wurden eingebaut, ein Bolzplatz angelegt. Die Eltern leisteten über 2 000 Arbeitsstunden und brachten 1 200 DM auf. Die Stadt Wilhelmshaven gab 45 390 DM.

Insgesamt stehen in dem Schullandheim 50 Plätze bereit. Sie wurden bisher in jedem Jahr von rund 1 000 Kindern bei Schulheim- und Ferienaufenthalten benutzt. Nachdem aber die Schule Voslapp zur Grundschule umgewandelt worden ist und einen neuen Rektor bekam, gibt es Schwierigkeiten. Die Schule kann heute weder die beiden Vorstandsposten besetzen noch eine ausreichende Belegung garantieren. Nur das 4. Schuljahr kann noch in das Schullandheim geschickt werden. Die Stadt ist an der Erhaltung des Schulheims interessiert, vermag aber in die Organisation nicht einzugreifen.

Eine weitere Schwierigkeit — vielleicht eine entscheidende: Auf Grund eines Erlasses sollen Lehrer künftig schon vor Schulwanderungen und Schullandheimaufenthalten auf einen Rechtsanspruch des Reisekostenersatzes verzichten. Folge: Kein Lehrer ist bei der erhöhten Verantwortung, die solche Unternehmen mit sich bringen, noch interessiert, mit einer Klasse ins Schullandheim zu fahren. — Ist das das Ende des Voslapper Schullandheims, in das so viele Voslapper Arbeitskraft und Geld gesteckt, in dem so viele Schüler schöne Wochen verlebt haben?

„Wilhelmshavener Zeitung“, 13. 3. 76

Pädagogik im Schullandheim

Handbuch

Herausgegeben vom
Verband Deutscher Schullandheime e. V.

Walhalla u. Praetoria Verlag KG Georg Zwickenpflug
Regensburg, 1975, 592 Seiten

Preis 10,— DM plus 1,— DM Porto

Bestellung beim
Verband Deutscher Schullandheime e. V.
Herrn Uwe Lendt
Am Marienkirchhof 6
2390 Flensburg

In diesem Handbuch werden in einer eingehenden geschichtlichen Betrachtung die verschiedenen Akzente und Aspekte der Schullandheimpädagogik von der Entstehung bis zur Gegenwart dargestellt.

Als Beitrag für die erziehungswissenschaftliche Diskussion erfolgt eine theoretische Grundlegung der Pädagogik im Schullandheim.

Für die Praxis enthält das Handbuch erprobte Beispiele aus der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit im Schullandheim und viele Hinweise für die Durchführung eines Aufenthaltes.

„Das Schullandheim“, Fachzeitschrift des Verbandes Deutscher Schullandheime mit Sitz in Hamburg. Geschäftsstelle: 2390 Flensburg, Postfach 431. Erscheint vierteljährlich. Postverlagsort Hamburg. Preis DM 1,50 je Heft.

Schriftleiter: Hans-Jürgen Hübner, Gustav-Radbruch-Straße 78,
2800 Bremen, Telefon (04 21) 46 29 41, dienstl. (04 21)
44 91 - 30 59

Ständige
Mitarbeiter: Heinrich Lübker, Der Rosenhof II L 303, 207 Groß-
hansdorf, Telefon 0 41 02 / 6 39 23
Herbert Künning, Kopernikusstraße 141, 2800 Bremen,
Telefon (04 21) 27 09 53

Anzeigenwerbung: Über die Schriftleitung

Druck und Verlag: Hans Krohn, Wertstraße 180, 2800 Bremen 21